

# 19. Sessionsrückblick von Nationalrat Thomas Aeschi

Sonder- und Sommersession 2016

Monsieur le Président,

Le gouvernement suisse a l'honneur de demander, par la présente, l'adhésion de la Confédération suisse à la Communauté économique européenne en application de l'article 237 du Traité instituant la Communauté économique européenne, c'est-à-dire l'ouverture de négociations à ce sujet.

Veuillez agréer, Monsieur le Président, l'expression de notre très haute considération.

SECRETARIAT DU CONSEIL DES COMMUNALITES EUROPEENNES N° ENREG. 347573 RECU LE: 26 MAI 1992 DEST. PRINC. : DUBOIS
--

Au nom du Conseil fédéral suisse

Le Président de la Confédération

- 
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
  2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
  3. Besuch im Bundeshaus
  4. Aktualitäten

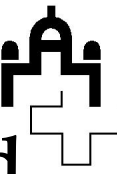
---

## 1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr

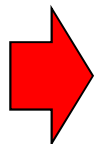
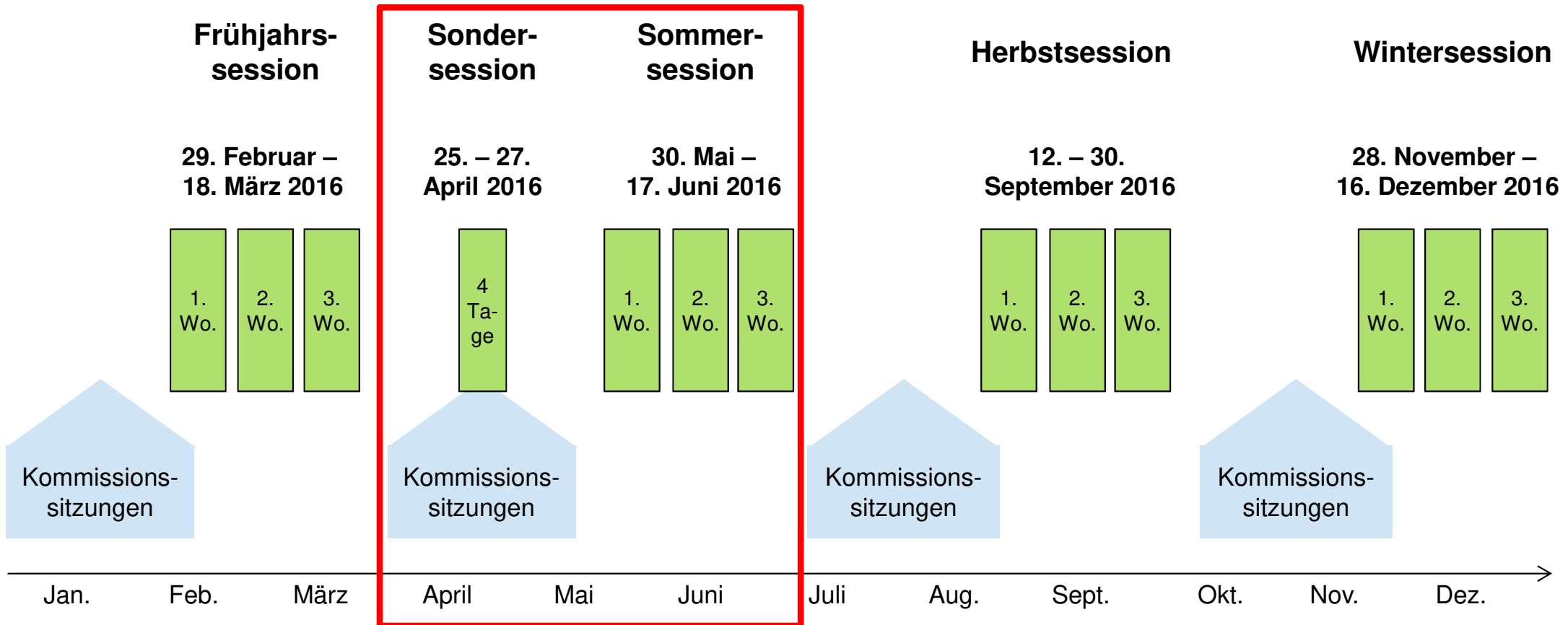
2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session

3. Besuch im Bundeshaus

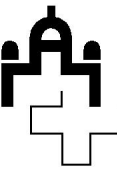
4. Aktualitäten



# In diesem Sessionsrückblick informiere ich über die Sonder- und Sommersession, sowie über die Kommissionssitzungen bis dahin

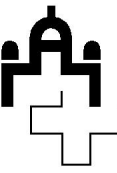


**Zusätzlich zu den Sessions und Kommissionssitzungen finden Sitzungen von parlamentarischen Gruppen, Informationsveranstaltungen und andere Anlässe statt**

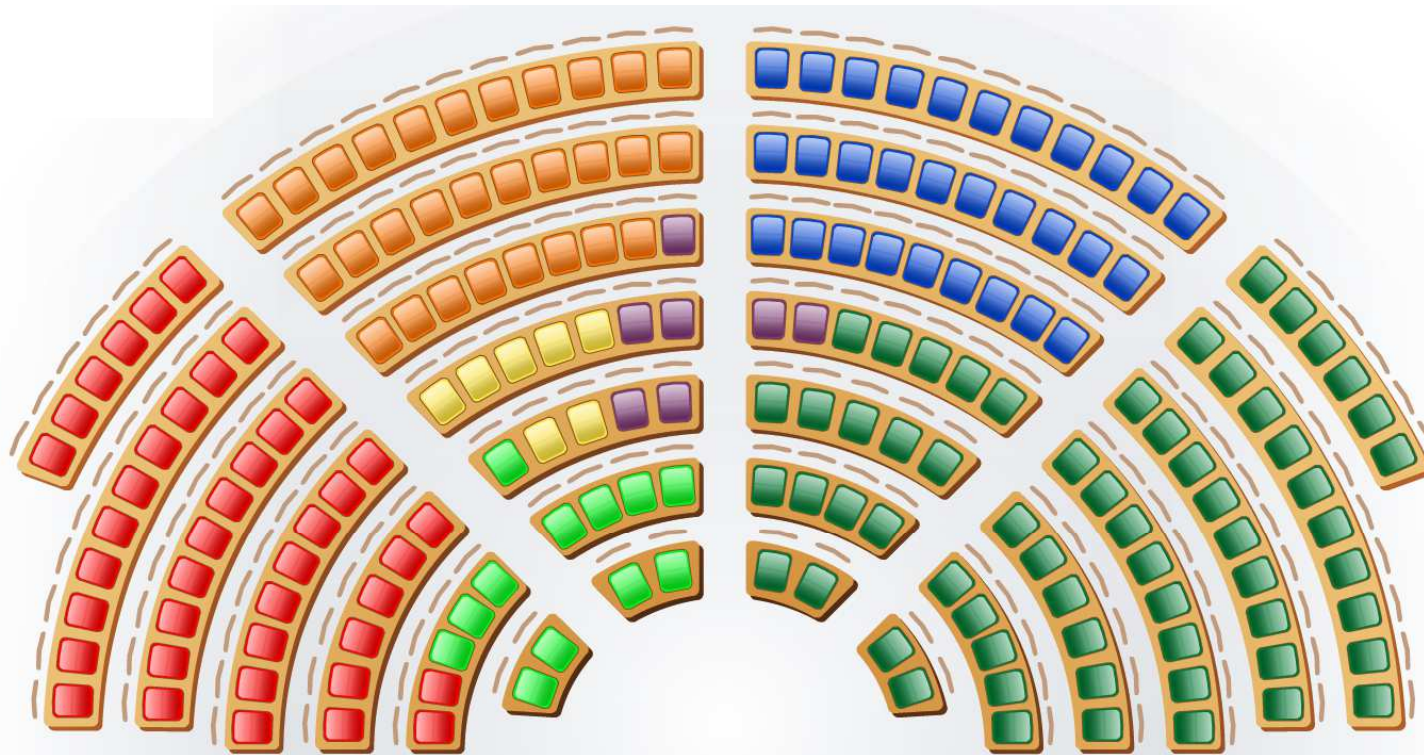


# Eine typische Sessionswoche besteht nicht nur aus Ratsdebatten, sondern auch aus Fraktions- und Informationstreffen





# Der Nationalrat wird durch eine Vertreterin der FDP präsidiert, die Vizepräsidenten vertreten die SVP und die CVP



Stärke der Fraktionen im Nationalrat	
<b>SVP:</b>	<b>68</b>
SP:	43
FDP:	33
CVP/EVP:	30
Grüne:	12
GLP:	7
BDP:	7

- 1 Präsident/in
- 2 Erste/r Vizepräsident/in
- 3 Zweite/r Vizepräsident/in
- 4 Stimmzähler/innen
- 5 Redner/in

- 6 Berichterstatter/in
- 7 Generalsekretär/in
- 8 Bundesrat/rätin
- 9 Batssekretäre/innen

**8 Stimmzähler**

**Präsidentin (FDP)**

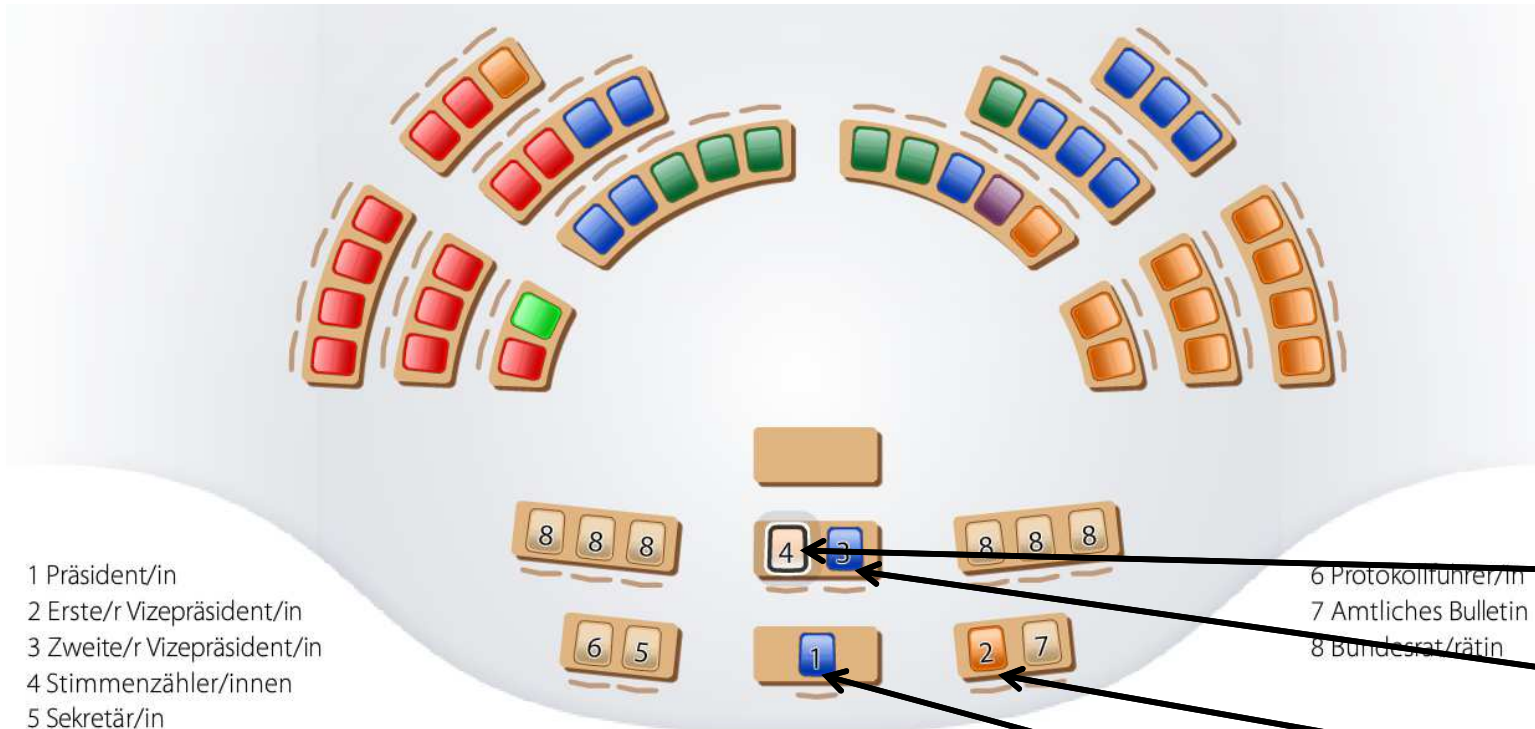
**1. Vizepräsident (SVP)**

**2. Vizepräsident (CVP)**

Quelle: [www.parlament.ch](http://www.parlament.ch)

TA / 21. Juni 2016

# Der Ständerat wird durch einen Vertreter der SP präsiert, die Vizepräsidenten vertreten die FDP und die CVP



- 1 Präsident/in
- 2 Erste/r Vizepräsident/in
- 3 Zweite/r Vizepräsident/in
- 4 Stimmzähler/innen
- 5 Sekretär/in

- 6 Protokollführer/in
- 7 Amtliches Bulletin
- 8 Bundesrat/rätin

Stärke der Fraktionen im Ständerat	
FDP:	13
CVP/EVP:	13
SP:	12
<b>SVP:</b>	<b>6</b>
Grüne:	1
BDP:	1
GLP:	0

- Stimmzähler (CVP)
- 2. Vizepräsident (FDP)
- 1. Vizepräsident (CVP)
- Präsident (FDP)

---

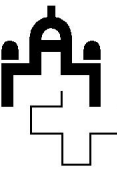
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr

**2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session**

3. Besuch im Bundeshaus

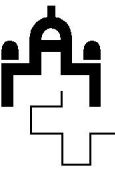
4. Aktualitäten





# Die untenstehenden Geschäfte sind die bedeutendsten der Sommersession und werden nachfolgend vertieft behandelt

- 1 Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf Kroatien
- 2 Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF)
- 3 Unternehmenssteuerreformgesetz III
- 4 Internationale Zusammenarbeit 2017-2020
- 5 Förderung von Bildung, Forschung und Innovation 2017-2020
- 6 Nachtragskredit I zum Voranschlag 2016 (90% für das Asylwesen)
- 7 Energiestrategie 2050
- 8 Änderungen des Adoptionsrechts
- 9 Diverse weitere Geschäfte



# Trotz dem Ja zur Masseneinwanderungsinitiative soll das Freizügigkeitsabkommen auf Kroatien ausgedehnt werden

## Worum es geht

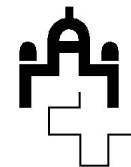
- Mit der Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf Kroatien beantragt der Bundesrat dem Parlament die Genehmigung des Protokolls zur Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf Kroatien.

## Position der SVP

- Die SVP lehnte das Abkommen aus folgendem Grund ab. Am 9. Februar 2014 nahmen Volk und Stände die Masseneinwanderungs-Initiative an. Richtigerweise verweigerte der Bundesrat anschliessend die Unterzeichnung des völkerrechtlichen Kroatien-Vertrags mit der Begründung, er verstosse gegen die Verfassung. Weil die EU drohte, Schweizer Universitäten vom EU-Förderprogramm für Forschung und Innovation *Horizon 2020* auszuschliessen, wurde der Kroatien-Vertrag vom Bundesrat plötzlich für verfassungsmässig erklärt. Die SVP ist schockiert über die Nicht-Beachtung des Volks- und Standesentscheids zur Reduktion der Zuwanderung und lehnt das verfassungswidrige Kroatien-Protokoll weiterhin entschieden ab.

## Ergebnis in den Räten

- Zuerst beschloss der Ständerat, dass der Bundesrat die Personenfreizügigkeit erst dann auf Kroatien ausdehnen darf, wenn er mit der EU eine verfassungskonforme Lösung zur Steuerung der Zuwanderung gefunden hat.
- Im Gegensatz dazu wollte der Nationalrat den Bundesrat ohne Auflagen zur Ratifikation des Kroatien-Protokolls ermächtigen.
- In der Einigungskonferenz setzte sich die Formulierung durch, dass die Bedingung für die Ratifikation des Zusatzprotokolls die Lösung der Zuwanderungsfrage in Einklang mit der Schweizer Rechtsordnung (statt der Schweizer Verfassung) ist.



# Die Bedingung des Parlaments für die Ausdehnung der Freizügigkeit auf Kroatien ist sehr schwammig formuliert

Bundesrat	Nationalrat	Ständerat	Nationalrat	Ständerat	Nationalrat	Ständerat	Einigungs-konferenz
Art. 1		Art. 1	Art. 1	Art. 1	Art. 1	Art. 1	Art. 1

<sup>1</sup> Das Protokoll vom ... zum Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit im Hinblick auf die Aufnahme der Republik Kroatien als Vertragspartei infolge ihres Beitritts zu Europäischen Union wird genehmigt.

<sup>2</sup> Der Bundesrat wird ermächtigt, das Protokoll zu ratifizieren.

<sup>2</sup> Der Bundesrat wird ermächtigt, das Protokoll zu ratifizieren, wenn mit der Europäischen Union eine mit der Bundesverfassung vereinbare Regelung zur Steuerung der Zuwanderung besteht.

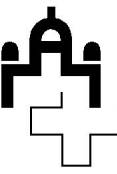
<sup>2</sup> *Festhalten (= gemäss Bundesrat)*

<sup>2</sup> Der Bundesrat wird ermächtigt, das Protokoll zu ratifizieren, wenn mit der Europäischen Union eine mit der schweizerischen Rechtsordnung vereinbare Regelung zur Steuerung der Zuwanderung besteht.

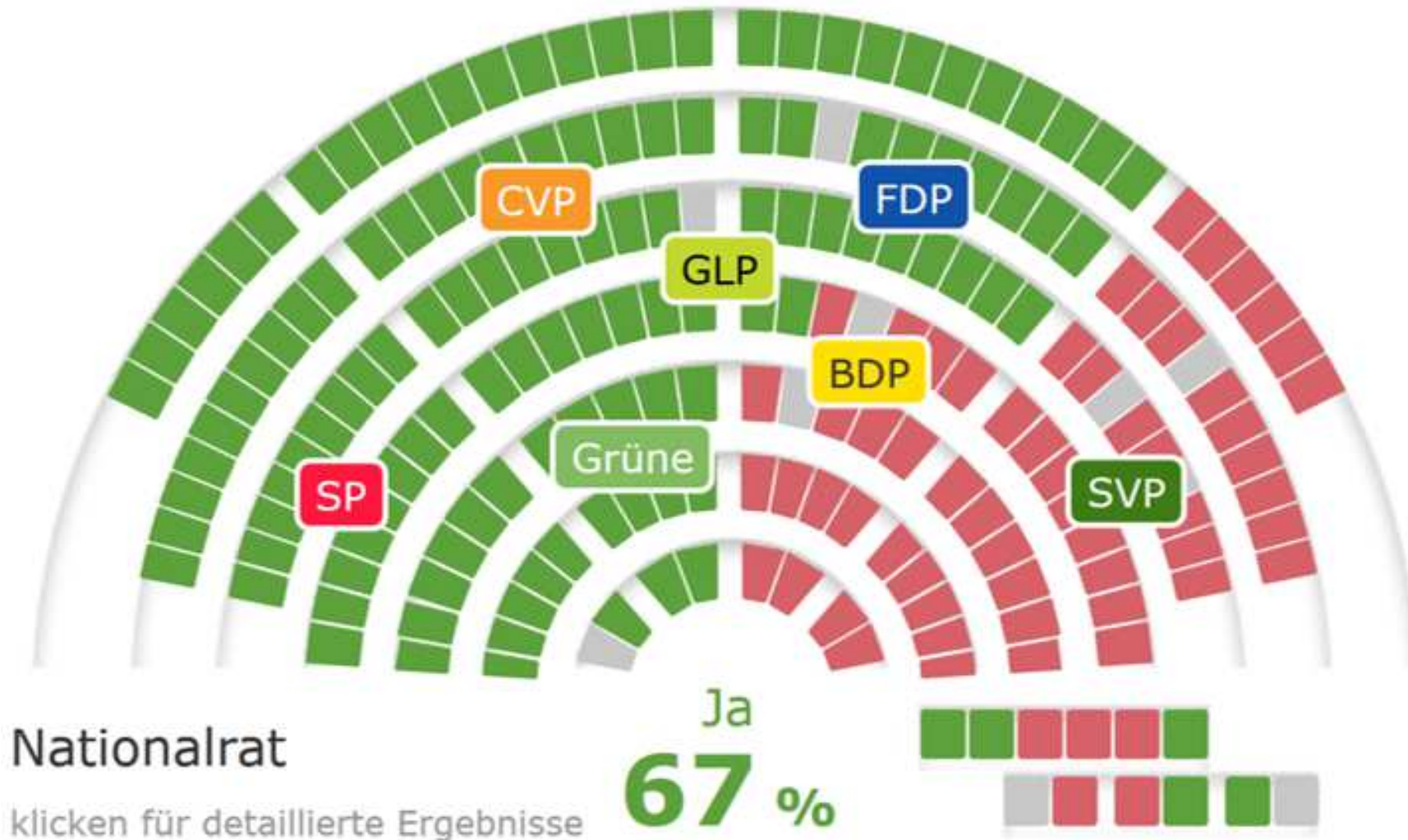
<sup>2</sup> *Festhalten (= gemäss Bundesrat)*

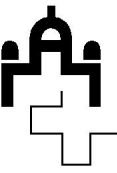
<sup>2</sup> *Festhalten*

<sup>2</sup> Der Bundesrat wird ermächtigt, das Protokoll zu ratifizieren, wenn mit der Europäischen Union eine mit der schweizerischen Rechtsordnung vereinbare Regelung zur Steuerung der Zuwanderung besteht. (*=gemäss Ständerat*)



# Die SVP lehnte die Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf Kroatien geschlossen ab





# Die Finanzierung des Betriebs, Unterhalts und Ausbaus des Nationalstrassennetzes soll neu geregelt werden

## Worum es geht

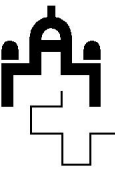
- Für die Finanzierung der Nationalstrassen und der Beiträge an Massnahmen zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur in Städten und Agglomerationen wird auf Verfassungsstufe ein unbefristeter Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF) geschaffen. Wie beim Bahninfrastrukturfonds (BIF) fliessen bestehende und neue Einnahmen direkt in diesen Fonds. Die Beiträge an Massnahmen zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur in Städten und Agglomerationen werden somit unbefristet und weiterhin über einen Fonds finanziert. Der Fonds soll die langfristige Planungs- und Realisierungssicherheit erhöhen sowie die Transparenz verbessern. Er ist eine strukturelle Massnahme zur Verbesserung der Bewirtschaftung der finanziellen Mittel und zur besseren Nachvollziehbarkeit der Finanzströme. Er hat keinen Einfluss auf die Finanzierungslücke.

## Position der SVP

- Die SVP unterstützt grundsätzlich die Schaffung des NAF, da damit die Finanzierung der Nationalstrassen transparenter, sicherer und flexibler wird. Steuererhöhungen lehnt die SVP jedoch entschieden ab.

## Ergebnis in den Räten

- Der Nationalrat hat dem NAF zugestimmt. Er blieb dabei weitgehend auf dem vom Ständerat beschlossenen Kurs. Dieser hat dem NAF zusätzliche 250 Millionen Franken pro Jahr aus der Bundeskasse zugewiesen.
- Weil jedoch der Benzinpreis um 6 Rappen erhöht werden soll, stimmten einzelne SVP-Vertreter gegen die Vorlage
- Es gibt nur noch wenige Differenzen. So will der Nationalrat u.a. dem Bundesrat nicht erlauben, den Benzinpreis bei Bedarf der Teuerung anzupassen.



# Die heutige zweiteilige Finanzierung der Nationalstrassen ist unflexibel, unsicher und intransparent

## Strasseninfrastruktur (und weitere)



### Wenig Flexibilität

- zwischen den Aufgaben, da je nach Aufgabe anderes Gefäss
- bezüglich der Ausgaben zwischen den Jahren (bei Verzögerungen bleiben Mittel nicht automatisch für das Projekt reserviert)



### Planungs- und Realisierungssicherheit

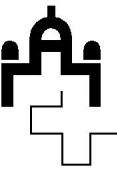
- Trotz vorhandener Reserven können die Mittel nicht eingesetzt werden (Schuldenbremse); Investitionsspitzen sind problematisch



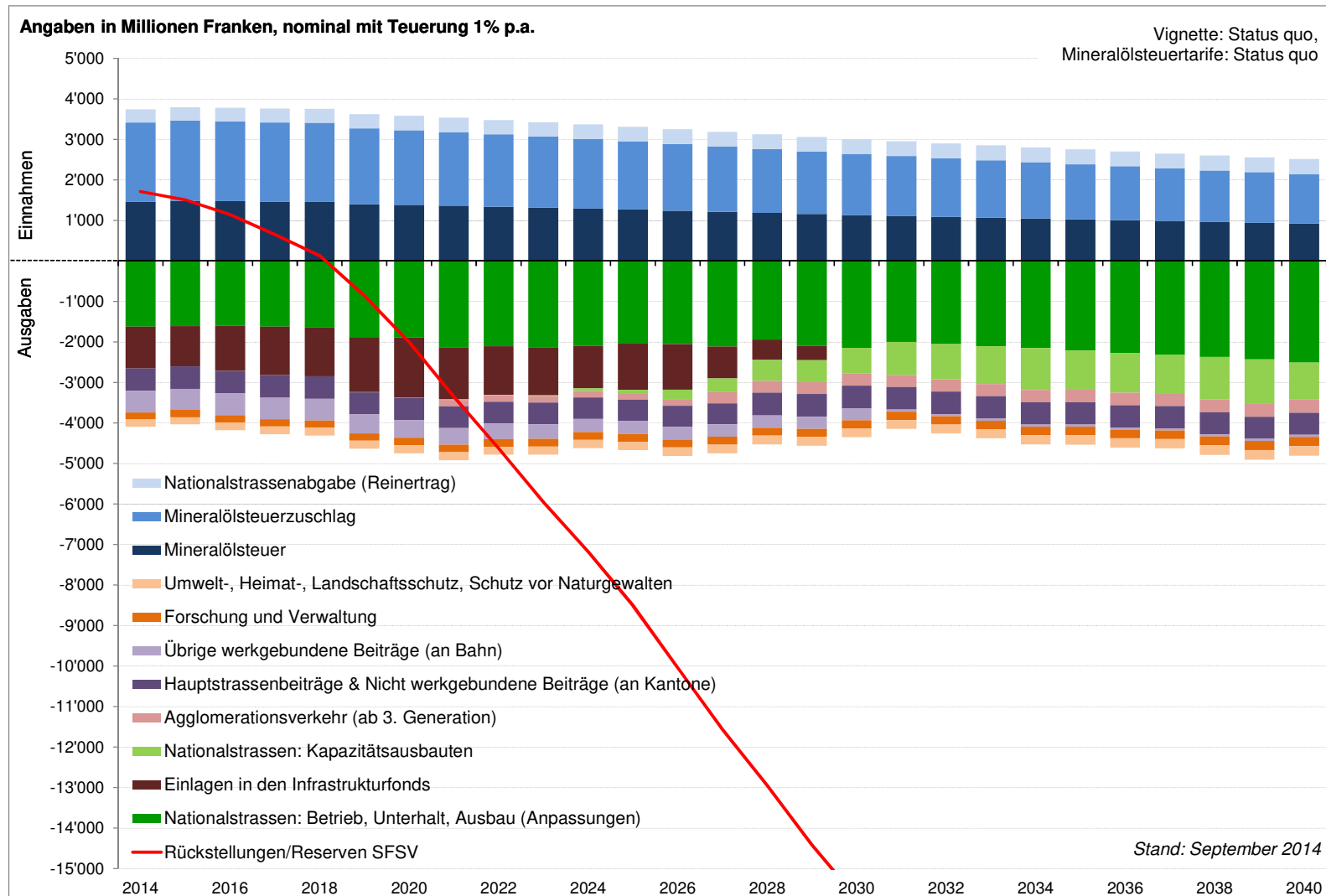
### Transparenz und Steuerung

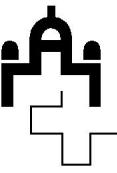
- Verflechtungen und Abhängigkeiten beeinträchtigen die Transparenz und die Steuerung



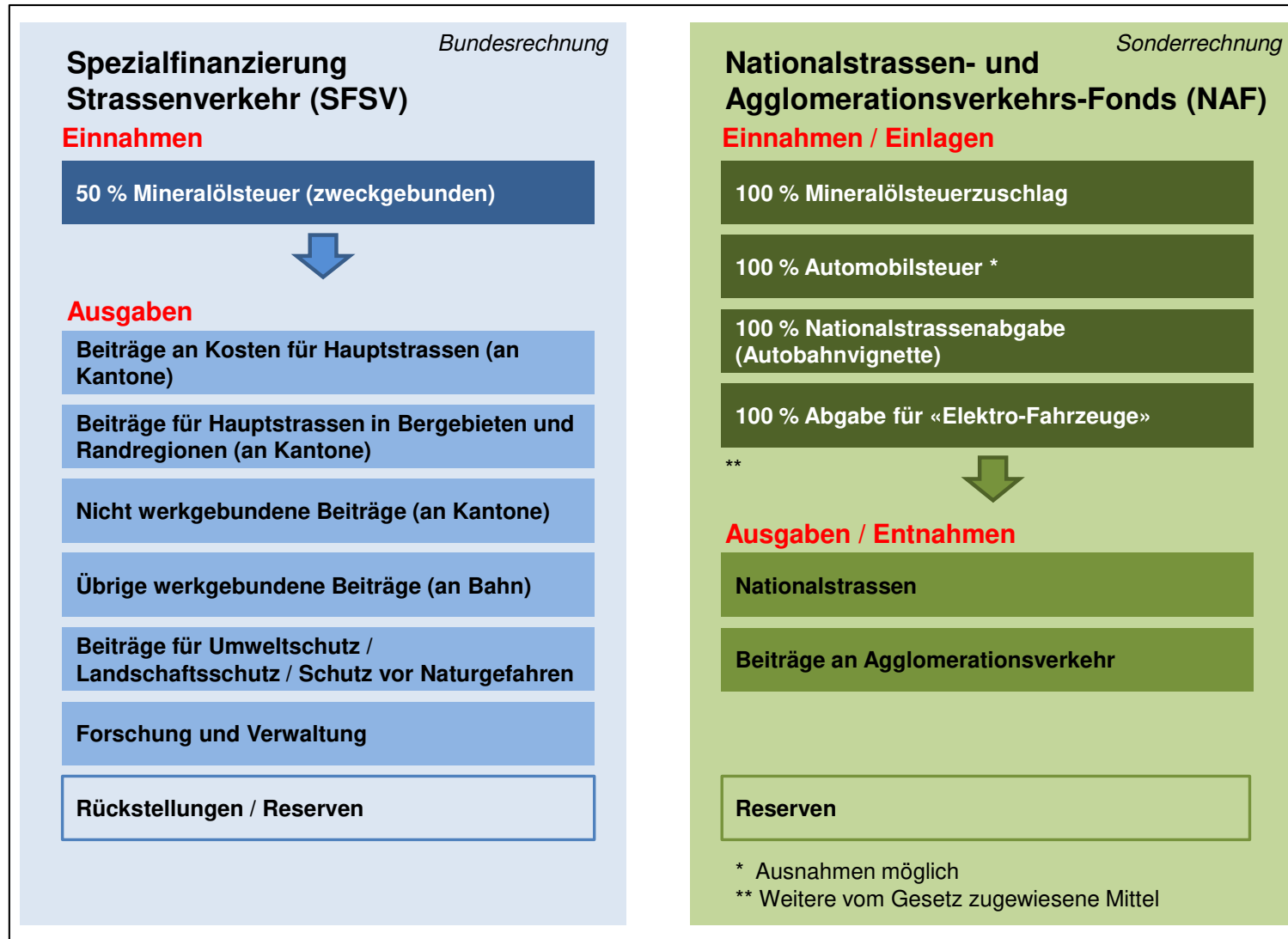


# Zudem besteht beim heutigen Modell eine jährliche Finanzierungslücke von 1,3 Milliarden Franken





# Der NAF sorgt für mehr Transparenz, mehr Planungs- und Realisierungssicherheit und mehr Flexibilität





# Weil der Treibstoffpreis um 4 Rappen pro Liter erhöht werden soll, stimmten auch SVP-Vertreter gegen das Bundesgesetz über den Fonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr (NAFG)

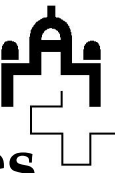
Addor	+	V	VS
Aebi Andreas	+	V	BE
Aebischer Matthias	+	S	BE
Aeschi Thomas	-	V	ZG
Allemann	+	S	BE
Amarelle	+	S	VD
Amaudruz	+	V	GE
Amherd	+	C	VS
Ammann	+	C	SG
Amstutz	+	V	BE
Arnold	+	V	UR
Arslan	=	G	BS
Badran Jacqueline	+	S	ZH
Barazzone	+	C	GE
Barrile	+	S	ZH
Bauer	+	RL	NE
Bäumle	+	GL	ZH
Béglé	+	C	VD
Bertschy	+	GL	BE
Bigler	+	RL	ZH
Birrer-Heimo	+	S	LU
Borloz	+	RL	VD
Bourgeois	+	RL	FR
Brand	+	V	GR
Brélaz	+	G	VD
Brunner	-	V	SG
Büchel Roland	+	V	SG
Büchler Jakob	+	C	SG
Buffat	+	V	VD
Bühler	+	V	BE
Bulliard	+	C	FR
Burgherr	+	V	AG
Burkart	+	RL	AG
Buttet	+	C	VS
Campell	+	BD	GR
Candinas	+	C	GR
Carobbio Guscetti	+	S	TI
Cassis	+	RL	TI
Chevalley	+	GL	VD
Chiesa	+	V	TI
Clottu	+	V	NE
de Buman	+	C	FR
de Courten	+	V	BL
de la Reussille	+	G	NE
Derder	+	RL	VD
Detting	=	V	SZ
Dobler	+	RL	SG
Egloff	+	V	ZH
Eichenberger	+	RL	AG
Estermann	+	V	LU

Eymann	+	RL	BS
Fässler Daniel	+	C	AI
Fehlmann Rielle	+	S	GE
Feller	+	RL	VD
Feri Yvonne	+	S	AG
Fiala	+	RL	ZH
Flach	+	GL	AG
Flückiger Sylvia	+	V	AG
Fluri	+	RL	SO
Frehner	+	V	BS
Fricker	-	G	AG
Fridez	+	S	JU
Friedl	+	S	SG
Galladé	+	S	ZH
Gasche	+	BD	BE
Geissbühler	+	V	BE
Genecand	+	RL	GE
Giezendanner	+	V	AG
Girod	=	G	ZH
Glanzmann	+	C	LU
Glärner	+	V	AG
Glättli	-	G	ZH
Gläuser	+	V	VD
Gmür Alois	+	C	SZ
Gmür-Schönenberger	+	C	LU
Golay	+	V	GE
Gössi	+	RL	SZ
Graf Maya	=	G	BL
Graf-Litscher	+	S	TG
Grin	+	V	VD
Grossen Jürg	+	GL	BE
Grunder	+	BD	BE
Grüter	+	V	LU
Gschwind	+	C	JU
Guhl	+	BD	AG
Guldimann	+	S	ZH
Gysi	+	S	SG
Hadorn	+	S	SO
Hardegger	=	S	ZH
Häsler	=	G	BE
Hausammann	+	V	TG
Heer	=	V	ZH
Heim	+	S	SO
Herzog	+	V	TG
Hess Erich	=	V	BE
Hess Hermann	+	RL	TG
Hess Lorenz	E	BD	BE
Hiltpold	+	RL	GE
Humbel	+	C	AG
Hurter Thomas	+	V	SH

Imark	+	V	SO
Ingold	+	C	ZH
Jans	+	S	BS
Jauslin	+	RL	AG
Keller Peter	+	V	NW
Keller-Inhelder	+	V	SG
Kiener Nellen	+	S	BE
Knecht	+	V	AG
Köppel	+	V	ZH
Landolt	+	BD	GL
Leutenegger Oberholzer	+	S	BL
Lohr	+	C	TG
Lüscher	+	RL	GE
Maire Jacques-André	+	S	NE
Marchand	0	C	VS
Markwalder	P	RL	BE
Marra	+	S	VD
Marti	+	S	ZH
Martullo	+	V	GR
Masshardt	+	S	BE
Matter	=	V	ZH
Mazzone	-	G	GE
Merlini	E	RL	TI
Meyer Mattea	+	S	ZH
Moret	+	RL	VD
Moser	+	GL	ZH
Müller Leo	+	C	LU
Müller Thomas	+	V	SG
Müller Walter	+	RL	SG
Müller-Altarmatt	+	C	SO
Munz	+	S	SH
Müri	+	V	LU
Naef	+	S	ZH
Nantermod	+	RL	VS
Nicolet	+	V	VD
Nidegger	+	V	GE
Nordmann	+	S	VD
Nussbaumer	+	S	BL
Page	+	V	FR
Pantani	+	V	TI
Pardini	-	S	BE
Pezzatti	+	RL	ZG
Pfister Gerhard	+	C	ZG
Pieren	=	V	BE
Piller Carrard	+	S	FR
Portmann	+	RL	ZH
Quadranti	+	BD	ZH
Quadri	+	V	TI
Regazzi	+	C	TI
Reimann Lukas	-	V	SG

Reimann Maximilian	+	V	AG
Reynard	+	S	VS
Rickli Natalie	+	V	ZH
Riklin Kathy	+	C	ZH
Rime	+	V	FR
Ritter	+	C	SG
Romano	+	C	TI
Rösti	+	V	BE
Ruiz Rebecca	+	S	VD
Ruppen	+	V	VS
Rutz Gregor	+	V	ZH
Rytz Regula	-	G	BE
Salzmann	=	V	BE
Sauter	+	RL	ZH
Schelbert	=	G	LU
Schenker Silvia	+	S	BS
Schilliger	+	RL	LU
Schmid-Federer	+	C	ZH
Schmidt Roberto	+	C	VS
Schneeberger	+	RL	BL
Schneider-Schneiter	0	C	BL
Schwaab	+	S	VD
Schwander	+	V	SZ
Seiler Graf	+	S	ZH
Semadeni	+	S	GR
Sollberger	+	V	BL
Sommaruga Carlo	+	S	GE
Stahl	+	V	ZH
Stamm	+	V	AG
Steiert	=	S	FR
Steinemann	+	V	ZH
Streff	+	C	BE
Thorens Goumaz	+	G	VD
Tornare	+	S	GE
Tschäppät	+	S	BE
Tuena	+	V	ZH
Vitali	+	RL	LU
Vogler	+	C	OW
Vogt	+	V	ZH
von Siebenthal	+	V	BE
Walliser	E	V	ZH
Walter	+	V	TG
Walti Beat	+	RL	ZH
Wasserfallen	+	RL	BE
Wehrli	+	RL	VD
Weibel	+	GL	ZH
Wermuth	+	S	AG
Wobmann	+	V	SO
Zanetti Claudio	+	V	ZH
Zuberbühler	+	V	AR

Fraktion / Groupe / Gruppo	G	S	V	GL	C	RL	BD	Tot.
+ Ja / oui / si	3	40	58	7	28	31	6	173
- Nein / non / no	4	1	3					8
= Enth. / abst. / ast.	5	2	6					13
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4							1	3
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto					2			2
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1		16




# Die Schweiz hatte bis heute ein international höchst kompetitives Steuerregime

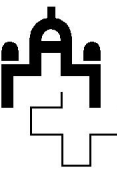
## Einnahmen aus Gewinnsteuern

- Steueraufkommen Kantone und Gemeinden: CHF 8,2 Mrd., davon **Gesellschaften mit kantonalem Steuerstatus: CHF 1,3 Mrd.** (Schätzung)
- Steueraufkommen Bund: CHF 7,6 Mrd., davon **Gesellschaften mit kantonalem Steuerstatus: CHF 3,5 Mrd.**
- Steuersätze inkl. direkte Bundessteuer betragen je nach Kanton ca. 12-24%

## Kantonale Steuerregimes

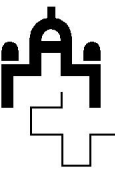
- Sonderregelung für bestimmte Unternehmen (Holdinggesellschaften, Domizilgesellschaften, gemischte Gesellschaften etc.); geregelt im Steuerharmonisierungsgesetz des Bundes (Art. 28)
- **Tiefere kantonale Besteuerung** mittels Reduktion der Bemessungsgrundlage
- **Ordentliche Besteuerung auf Stufe Bund**

- 
- **International kompetitive Besteuerung** für bestimmte mobile Unternehmensaktivitäten
  - **De facto eingeschränkter interkantonaler Steuerwettbewerb**, da geringe Belastungsunterschiede in den Kantonen

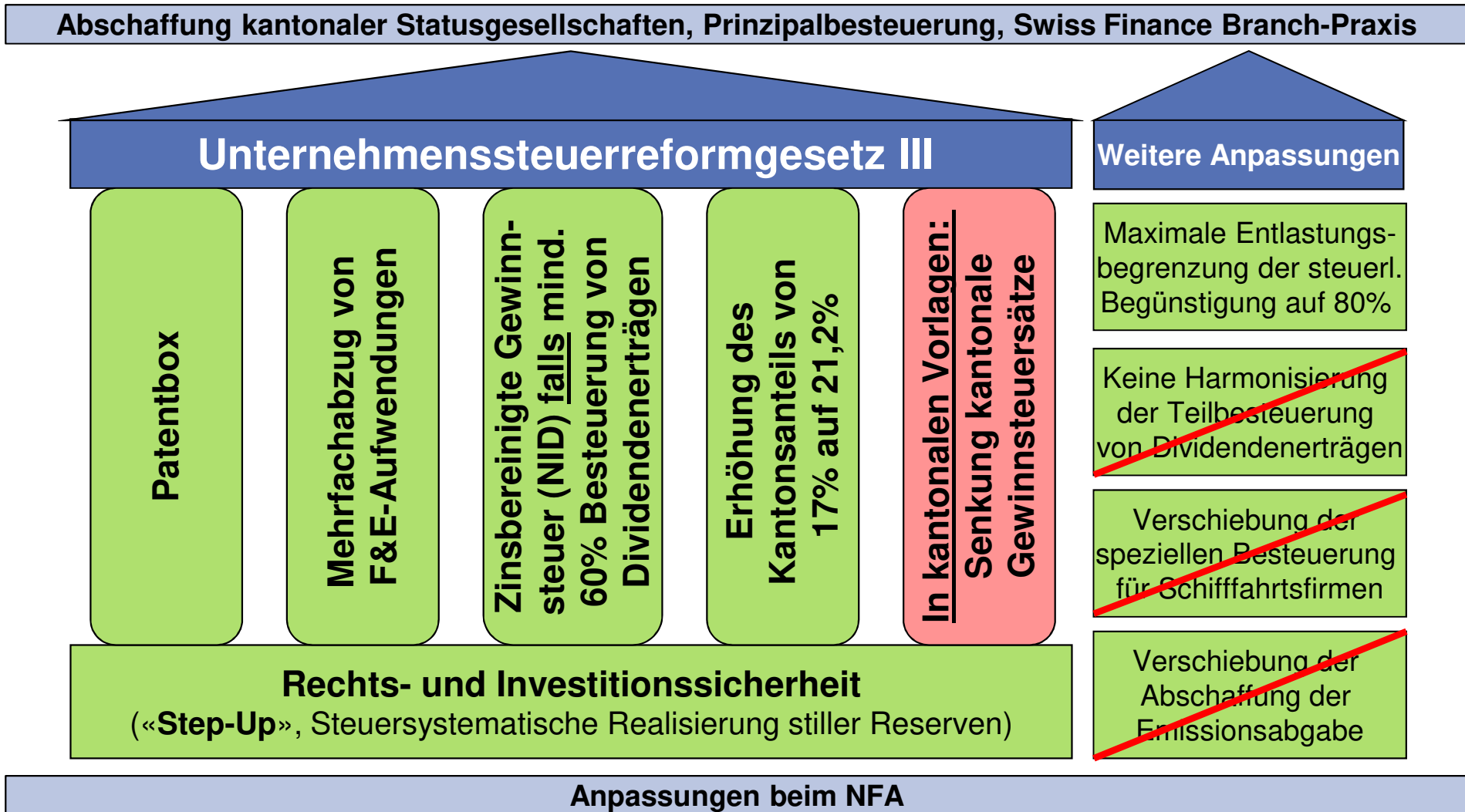


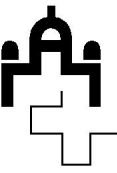
## Unter den kantonalen Steuerregimes werden ausländische Erträge tiefer besteuert als inländische Erträge

- Unter den kantonalen Steuerregimes werden **ausländische Erträge** von Domizil-, Holding- und gemischten Gesellschaften teilweise tiefer besteuert als inländische Erträge (sogenanntes "**ring fencing**").
- Diese privilegierte Besteuerung ausländischer Erträge hat eine **grosse** finanzielle und volkswirtschaftliche **Bedeutung** für den Bund und viele Kantone.
- Sie ermöglichen jedem Kanton (auch denjenigen mit vergleichsweise hohen Gewinnsteuersätzen) im internationalen Wettbewerb um mobile (d.h. rasch in andere Länder verlegbare) Aktivitäten **kompetitiv zu sein**.
- Eine **ersatzlose Abschaffung** der kantonalen Steuerstatus hätte daher eine
  - 1) **Einschränkung** der **internationalen Wettbewerbsfähigkeit** der Schweiz;
  - 2) eine **Verschärfung** des **interkantonalen Steuerwettbewerbs** und
  - 3) einen substantiellen **Verlust von Arbeitsplätzen** zur Folge.

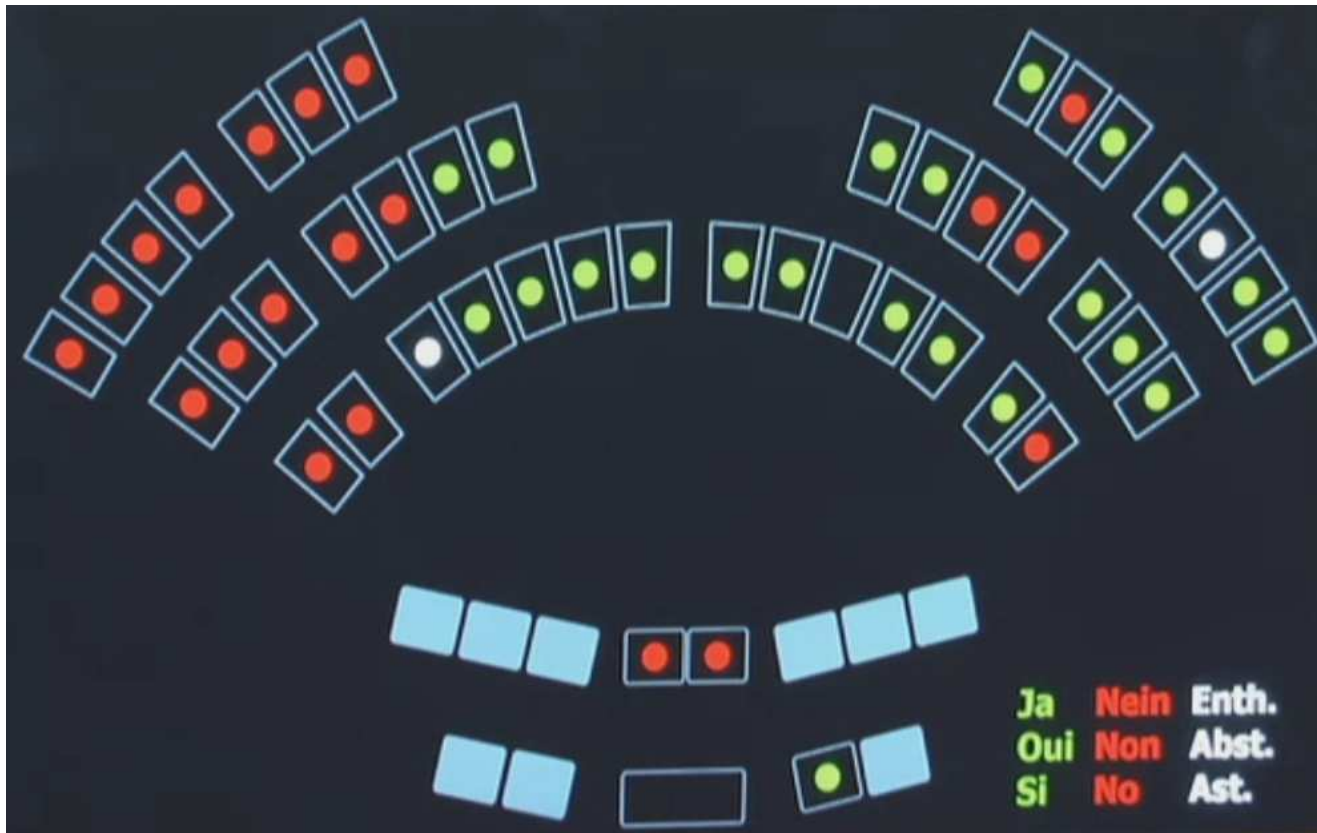


# Mit zahlreichen, international akzeptierten Ersatzmassnahmen wird versucht die globalen Firmen in der Schweiz zu behalten

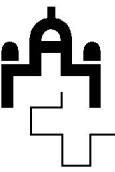




**Der Ständerat stimmte mit 22 zu 20 Stimmen der Einführung der zinsbereinigten Gewinnsteuer (NID) schliesslich unter der Bedingung zu, dass sie im jeweiligen Kanton durch eine Dividendenbesteuerung von mind. 60 Prozent gegenfinanziert wird**



- Die Linke stimmte geschlossen gegen diesen Kompromiss
- Ebenfalls dagegen stimmten Beat Vonlanthen (CVP, FR), Jean-René Fournier (CVP, VS), Anne Seydoux (CVP, JU), Ruedi Noser (FDP, ZH), Karin Keller Sutter (FDP, SG), Thomas Hefti (FDP, GL), Fabio Abate (FDP, TI)
- Der Stimme enthielten sich Isidor Baumann (CVP, UR) und Josef Dittli (FDP, UR)



# Sollte die Schweiz das Unternehmenssteuerreformgesetz III ablehnen – Welche Gegenmassnahmen hätte sie zu befürchten?

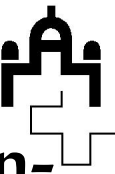
## Durch die EU

- Erstellung von schwarzen Listen
- Aussetzen von Doppelbesteuerungsabkommen
- Grundlage: Die Schweiz ist kein EU-Mitgliedstaat, deshalb:
  - Verbotene staatliche Beihilfen im Sinne des Freihandelsabkommens von 1972 (?)
  - EU Code of Conduct (?)

## Durch die OECD

- Erstellung von schwarzen Listen
- Grundlage: Die Schweiz ist OECD-Mitgliedstaat





# Für die Periode 2017-2020 sollen für die internationale Zusammenarbeit 11,11 Milliarden Franken bereitgestellt werden

## Worum es geht

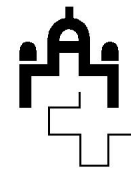
- Im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit 2017-2020 beantragt der Bundesrat fünf Rahmenkredite in der Gesamthöhe von 11,11 Milliarden Franken. Die internationale Zusammenarbeit orientiert sich an der Vision einer Welt ohne Armut und in Frieden, für eine nachhaltige Entwicklung. Die fünf Rahmenkredite sind bestimmt für: 1) die humanitäre Hilfe und das Schweizerische Korps für humanitäre Hilfe, 2) die technische Zusammenarbeit und die Finanzhilfe zugunsten von Entwicklungsländern, 3) wirtschafts- und handelspolitische Massnahmen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit, 4) die Transitionszusammenarbeit in den Staaten Osteuropas, sowie 5) Massnahmen zur Förderung des Friedens und der menschlichen Sicherheit.

## Position der SVP

- Da der Bundesrat ab 2018 mit Defiziten von 1,5 Milliarden Franken jährlich rechnet, fordert die SVP eine Plafonierung der Ausgaben für die internationale Zusammenarbeit.

## Ergebnis in den Räten

- Der Nationalrat will für die Jahre 2017-2020 wie vom Bundesrat vorgeschlagen insgesamt 11,11 Milliarden Franken für die Entwicklungshilfe ausgeben. Durchschnittlich werden damit 0,48 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) zur Verfügung gestellt.
- Knapp scheiterte ein Kürzungsvorschlag um insgesamt 430 Millionen Franken auf 0,45 Prozent des BNE mit 98 zu 93 Stimmen. Die Forderung der SVP und der Finanzkommission, die Mittel um 1,6 Milliarden auf 0,4 Prozent des BNE zu kürzen, scheiterte mit 101 zu 83 Stimmen bei 8 Enthaltungen. Anträge der Grünen und der SP, die Mittel zu erhöhen, scheiterten klar. Ebenfalls äusserst knapp mit nur 4 Stimmen Unterschied wurde zudem ein Antrag der SVP abgelehnt, welcher die Entwicklungshilfe an die migrationspolitische Zusammenarbeit koppeln wollte.



# Die SVP beantragte, die Entwicklungshilfe auf dem Stand von 2013 zu plafonieren

## Übersicht beschlossene Zahlungsmittel 2008-2016 mit vorgesehenen Zahlungsmitteln 2017-2020

(inkl. Eigenaufwand, in CHF Mio.)

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	<b>Antrag Bundesrat (0.48% APD-Quote)</b>			
										2017	2018	2019	2020
DEZA	1'350.4	1'410.3	1'453.7	1'572.1	1'704.6	1'860.0	2'025.2	2'155.9	2'061.3	2'066.6	2'160.7	2'232.6	2'274.3
AMS	56.6	59.9	62.8	62.8	68.0	74.5	75.3	82.6	79.2	81.6	83.2	86.1	87.6
SECO	212.3	219.3	221.9	255.0	280.6	306.9	334.0	350.2	332.5	332.9	350.2	364.7	371.5
Summe	1'619.3	1'689.4	1'738.4	1'889.9	2'053.2	2'241.4	2'434.5	2'588.8	2'473.1	2481.1	2594.1	2683.4	2733.4

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	<b>Antrag SVP (0.40% APD-Quote)</b>			
										2017	2018	2019	2020
DEZA	1'350.4	1'410.3	1'453.7	1'572.1	1'704.6	1'860.0	2'025.2	2'155.9	2'061.3	1'936.9	1'955.0	1'870.7	1'856.3
AMS	56.6	59.9	62.8	62.8	68.0	74.5	75.3	82.6	79.2	74.8	72.8	67.7	66.4
SECO	212.3	219.3	221.9	255.0	280.6	306.9	334.0	350.2	332.5	305.4	306.3	286.9	281.7
Summe	1'619.3	1'689.4	1'738.4	1'889.9	2'053.2	2'241.4	2'434.5	2'588.8	2'473.1	2'317.1	2'334.1	2'225.3	2'204.4

Der SVP-Antrag hätte die Ausgaben für die internationale Zusammenarbeit in etwa auf dem Niveau des Jahres 2013 plafoniert





# Dabei wären alle Bereiche mit Ausnahme der humanitären Hilfe vor Ort betroffen gewesen

	APD-Quote von 0,4% des BNE bis 2020	= gemäss BR
1. Technische Zusammenarbeit sowie humanitäre Hilfe (DEZA)	7'555	8'695
- Technische Zusammenarbeit und Finanzhilfe zugunsten von Entwicklungsländern	5'495	6'635
- Humanitäre Hilfe	2'060	2'060
2 Wirtschafts- und handelspolitische Massnahmen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit (SECO)	940	1'140
3. Transitionszusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas	860	1'040
4. Massnahmen zur Förderung des Friedens und der menschlichen Sicherheit (AMS)	195	230
Total	9'550	11'105
Zielwert APD-Quote	0,4%	0,48%



- Der Vorschlag der SVP hätte die humanitären Hilfe vor Ort vom Minderwachstum bei der Entwicklungshilfe ausgenommen
- Betroffen wären jedoch die übrigen Bereiche, d.h. das DEZA exkl. humanitäre Hilfe, das SECO, die Abteilung Menschliche Sicherheit (AMS), sowie die Transitionszusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas gewesen

n.b. = von der Verwaltung nicht berechnet

Quelle: Bundesverwaltung

TA / 21. Juni 2016

Mit 98 zu 93 Stimmen lehnte der Rat knapp einen Antrag auf eine Beschränkung der Ausgaben auf 0,45 Prozent des BNE ab

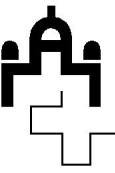
Addor	-	V	VS
Aebi Andreas	-	V	BE
Aebischer Matthias	+	S	BE
Aeschi Thomas	-	V	ZG
Allemann	+	S	BE
Amarelle	+	S	VD
Amaudruz	-	V	GE
Amherd	+	C	VS
Ammann	+	C	SG
Amstutz	-	V	BE
Arnold	-	V	UR
Arslan	+	G	BS
Badran Jacqueline	+	S	ZH
Barazzone	+	C	GE
Barrile	+	S	ZH
Bauer	-	RL	NE
Bäumle	+	GL	ZH
Béglé	+	C	VD
Bertschy	+	GL	BE
Bigler	-	RL	ZH
Birrer-Heimo	+	S	LU
Borloz	-	RL	VD
Bourgeois	-	RL	FR
Brand	-	V	GR
Brélaz	0	G	VD
Brunner	-	V	SG
Büchel Roland	-	V	SG
Büchler Jakob	+	C	SG
Buffat	-	V	VD
Bühler	-	V	BE
Bulliard	+	C	FR
Burgherr	-	V	AG
Burkart	-	RL	AG
Buttet	+	C	VS
Campell	+	BD	GR
Candinas	+	C	GR
Carobbio Guscetti	+	S	TI
Cassis	-	RL	TI
Chevalley	+	GL	VD
Chiesa	-	V	TI
Clottu	-	V	NE
de Buman	+	C	FR
de Courten	-	V	BL
de la Reussille	+	G	NE
Derder	-	RL	VD
Dettling	-	V	SZ
Dobler	-	RL	SG
Egloff	-	V	ZH
Eichenberger	-	RL	AG
Estermann	-	V	LU

Eymann	-	RL	BS
Fässler Daniel	+	C	AI
Fehlmann Riele	+	S	GE
Feller	-	RL	VD
Feri Yvonne	-	S	AG
Fiala	=	RL	ZH
Flach	+	GL	AG
Flückiger Sylvia	-	V	AG
Fluri	+	RL	SO
Frehner	-	V	BS
Fricke	+	G	AG
Fridez	+	S	JU
Friedl	+	S	SG
Galladé	+	S	ZH
Gasche	+	BD	BE
Geissbühler	-	V	BE
Genecand	-	RL	GE
Giezendanner	-	V	AG
Girod	+	G	ZH
Glanzmann	+	C	LU
Glamer	-	V	AG
Glättli	+	G	ZH
Glauser	-	V	VD
Gmür Alois	+	C	SZ
Gmür-Schönenberger	+	C	LU
Golay	-	V	GE
Gössi	-	RL	SZ
Graf Maya	+	G	BL
Graf-Litscher	+	S	TG
Grin	0	V	VD
Grossen Jürg	+	GL	BE
Grunder	0	BD	BE
Grüter	-	V	LU
Gschwind	+	C	JU
Guhl	+	BD	AG
Guldemann	+	S	ZH
Gysi	+	S	SG
Hadorn	+	S	SO
Hardegger	+	S	ZH
Häsler	+	G	BE
Hausammann	-	V	TG
Heer	-	V	ZH
Heim	+	S	SO
Herzog	-	V	TG
Hess Erich	-	V	BE
Hess Hermann	-	RL	TG
Hess Lorenz	+	BD	BE
Hiltbold	-	RL	GE
Humbel	+	C	AG
Hurter Thomas	-	V	SH

Imark	-	V	SO
Ingold	+	C	ZH
Jans	+	S	BS
Jauslin	-	RL	AG
Keller Peter	-	V	NW
Keller-Inhelder	-	V	SG
Kiener Nellen	+	S	BE
Knecht	-	V	AG
Köppel	-	V	ZH
Landolt	+	BD	GL
Leutenegger Oberholzer	+	S	BL
Lohr	+	C	TG
Lüscher	-	RL	GE
Maire Jacques-André	+	S	NE
Marchand	+	C	VS
Markwalder	P	RL	BE
Marra	+	S	VD
Marti	+	S	ZH
Martullo	-	V	GR
Masshardt	+	S	BE
Matter	-	V	ZH
Mazzone	+	G	GE
Merlini	E	RL	TI
Meyer Mattea	+	S	ZH
Moret	-	RL	VD
Moser	+	GL	ZH
Müller Leo	+	C	LU
Müller Thomas	-	V	SG
Müller Walter	-	RL	SG
Müller-Altarmatt	+	C	SO
Munz	+	S	SH
Müri	-	V	LU
Naef	+	S	ZH
Nantermod	-	RL	VS
Nicolet	-	V	VD
Nidegger	-	V	GE
Nordmann	+	S	VD
Nussbaumer	+	S	BL
Page	+	V	FR
Pantani	0	V	TI
Pardini	-	S	BE
Pezzatti	-	RL	ZG
Pfister Gerhard	+	C	ZG
Pieren	-	V	BE
Piller Carrard	+	S	FR
Portmann	-	RL	ZH
Quadranti	+	BD	ZH
Quadri	0	V	TI
Regazzi	+	C	TI
Reimann Lukas	-	V	SG

Reimann Maximilian	-	V	AG
Reynard	+	S	VS
Rickli Natalie	-	V	ZH
Riklin Kathy	+	C	ZH
Rime	-	V	FR
Ritter	0	C	SG
Romano	+	C	TI
Rösti	-	V	BE
Ruiz Rebecca	+	S	VD
Ruppen	-	V	VS
Rutz Gregor	-	V	ZH
Rytz Regula	+	G	BE
Salzmänn	-	V	BE
Sauter	-	RL	ZH
Schelbert	+	G	LU
Schenker Silvia	+	S	BS
Schilliger	-	RL	LU
Schmid-Federer	+	C	ZH
Schmidt Roberto	+	C	VS
Schneeberger	-	RL	BL
Schneider-Schneiter	+	C	BL
Schwaab	+	S	VD
Schwander	-	V	SZ
Seiler Graf	+	S	ZH
Semadeni	+	S	GR
Sollberger	-	V	BL
Sommaruga Carlo	+	S	GE
Stahl	-	V	ZH
Stamm	-	V	AG
Steiert	+	S	FR
Steinemann	-	V	ZH
Streff	+	C	BE
Thorens Goumaz	+	G	VD
Tornare	+	S	GE
Tschäppät	+	S	BE
Tuena	-	V	ZH
Vitali	-	RL	LU
Vogler	+	C	OW
Vogt	-	V	ZH
von Siebenthal	-	V	BE
Walliser	-	V	ZH
Walter	-	V	TG
Walti Beat	-	RL	ZH
Wasserfallen	+	RL	BE
Wehri	+	RL	VD
Weibel	+	GL	ZH
Wermuth	+	S	AG
Wobmann	-	V	SO
Zanetti Claudio	-	V	ZH
Zuberbühler	-	V	AR

Fraktion / Groupe / Gruppo	G	S	V	GL	C	RL	BD	Tot.
+ Ja / oui / si	11	43		7	29	2	6	98
- Nein / non / no			65			28		93
= Enth. / abst. / ast.						1		1
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4						1		1
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	1		3		1		1	6
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1		1



# Für die Periode 2017-2020 sollen für die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation 26 Mia. Franken ausgegeben werden

## Worum es geht

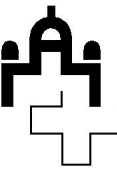
- Für die BFI-Botschaft ist ein nominales jährliches Wachstum von durchschnittlich 2,0 Prozent vorgesehen. Dieses Wachstum liegt unter dem der Vorperiode, allerdings ist abgesehen vom Jahr 2017 weiterhin ein realer Ausbau vorgesehen.
- Die Finanzbeschlüsse beinhalten die Massnahmen zur Förderung der Berufsbildung, der Hochschulen (ETH-Bereich, kantonale Universitäten, Fachhochschulen) und der Weiterbildung sowie von Forschung und Innovation.

## Position der SVP

- Da der Bundesrat ab 2018 mit Defiziten von 1,5 Milliarden Franken jährlich rechnet, fordert die SVP eine Plafonierung der Ausgaben für die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation

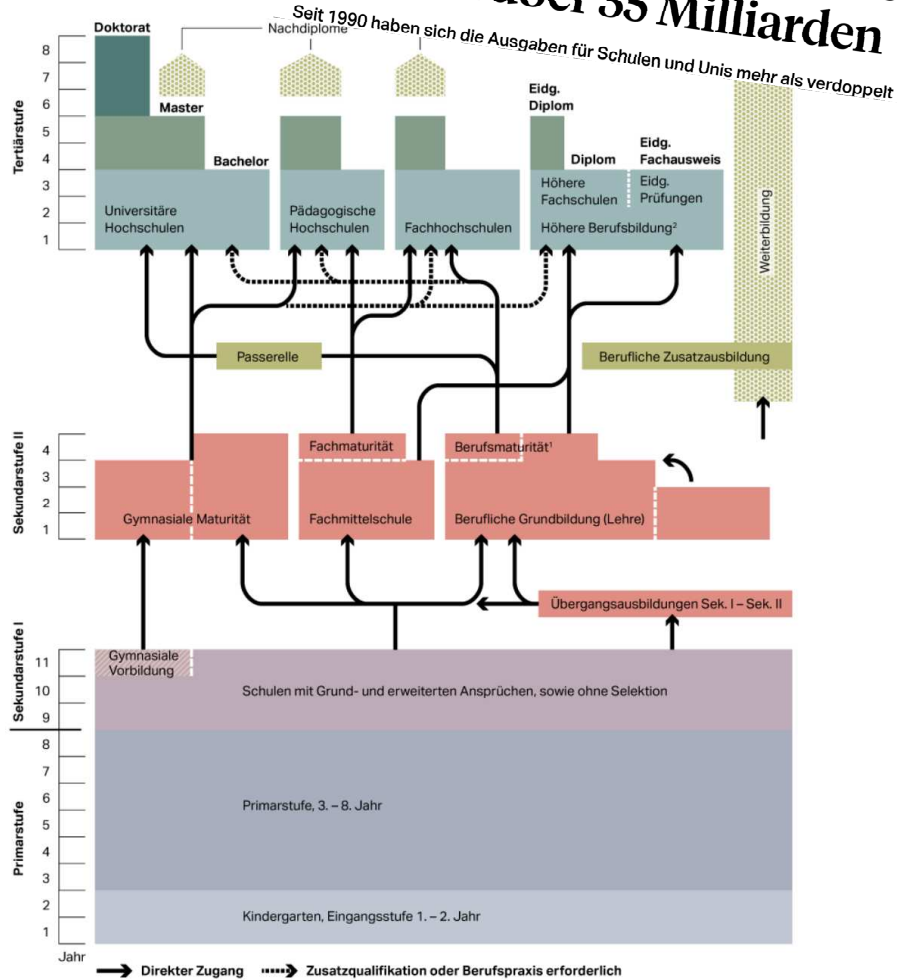
## Ergebnis in den Räten

- Der Nationalrat ist bei der Beratung der BFI-Botschaft dem Bundesrat gefolgt. Die Bildungsausgaben sollen während der nächsten vier Jahre jährlich um zwei Prozent wachsen – was mehr ist als die Ausgaben in praktisch allen anderen Bereichen beim Bund. Insgesamt wollen der Bundesrat und der Nationalrat Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2017 bis 2020 mit rund 26 Mrd. CHF fördern.
- Die WBK-N hatte dem Rat beantragt, die Mittel um knapp 1 Mrd. CHF zusätzlich aufzustocken. Dies lehnte der NR aber ab. Ebenfalls abgelehnt wurden zusätzliche Kürzungsanträge der SVP sowie zusätzliche Forderungen nach Aufstockung von linker Seite. Die Vorlage geht nun an den Ständerat.



# Die SVP beantragte die Wachstumsrate auf 0,2% zu beschränken, während der Bundesrat mit jährlich 2,0% wachsen will

**Unser Bildungssystem kostet jährlich über 35 Milliarden**

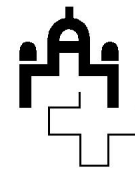


1 Parallel zur drei- oder vierjährigen beruflichen Grundbildung oder ein Jahr im Anschluss an die Lehre  
 2 Zu den eidgenössischen Prüfungen gehören die eidg. Berufsprüfungen (BP) und die eidg. höheren Fachprüfungen (HFP)  
 SoZ Candrian Quelle: BFS

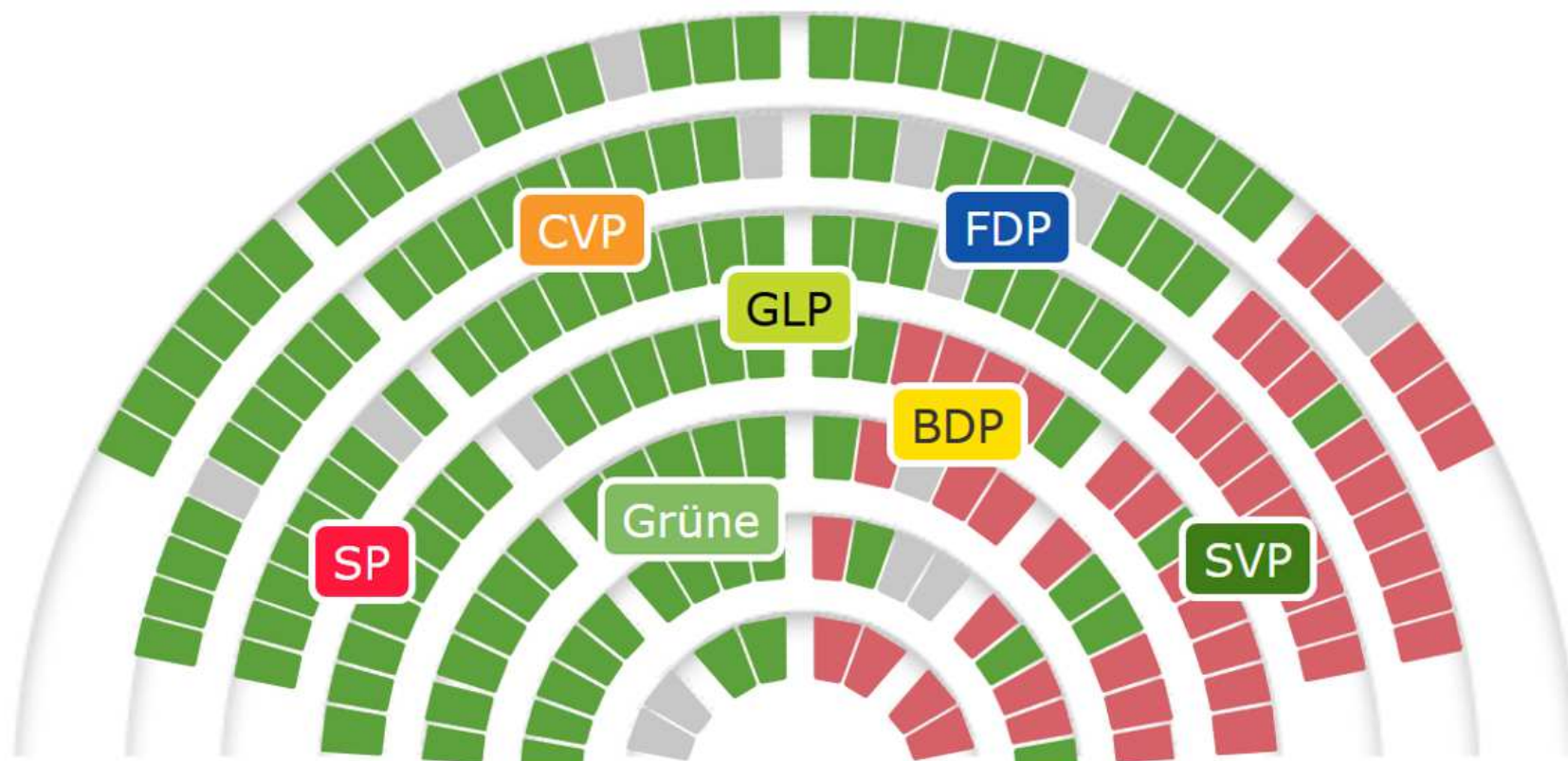
	Wachstum 3,2%	Wachstum 2,2%	BR BB-Pausch +40 Mio/J	BR	Plafond 2016 exkl. BB Pausch. & HBB	Plafond 2016	Plafond 2015	
<b>2.1 Berufsbildung</b>								
Art. 1	Beiträge an die Berufsbildung	ZR 3 406.5	3 323.7	3 449.0	3 289.0	3 283.2	3 147.2	3 068.8
Art. 2	Projekte	VK 199.4	194.6	192.5	192.5	184.3	184.3	179.7
Art. 3	EHB	ZR 156.1	152.4	150.8	150.8	144.3	144.4	140.8
<b>2.2 Weiterbildung</b>								
Art. 1	WB	ZR 26.6	25.9	25.7	25.7	24.5	24.5	23.9
<b>2.3 Nationale Ausbildungsbeiträge</b>								
Art. 1	Ausbildungsbeiträge	ZR 105.5	103.0	101.9	101.9	97.5	97.6	95.1
<b>2.4 ETH-Bereich</b>								
Art. 1	ETH-Bereich	ZR 10 540.8	10 285.4	10 177.7	10 177.7	9 737.7	9 740.9	9 498.5
<b>2.5 Förderung nach HFKG</b>								
Art. 1	Grundbeiträge Universitäten	ZR 2 852.1	2 783.0	2 753.9	2 753.9	2 634.8	2 635.7	2 570.1
Art. 2	Grundbeiträge Fachhochschulen	ZR 2 226.5	2 172.5	2 149.8	2 149.8	2 056.8	2 057.5	2 006.3
Art. 3.1	Investitionen	GK 513.0	502.7	499.0	499.0	480.6	480.7	471.7
Art. 3.2a	Investitionen HFKG	VK 425.6	417.1	414.0	414.0	398.7	398.8	391.3
Art. 3.2b	Investitionen FHSG	VK 87.4	85.6	85.0	85.0	81.9	81.9	80.3
Art. 4.1	PgB	VK 233.1	226.9	224.8	224.8	213.6	213.7	208.4
Art. 4.2	PgB Humanmedizin	-	103.7	100.8	100.0	94.6	94.7	92.3
<b>2.6 Internationale Zusammenarbeit in Bildung</b>								
<b>2.6.1 Grenzüberschreitende Bildungsk Kooperation</b>								
Art. 1	Bildungsk Kooperation	VK 24.4	23.8	23.6	23.6	22.5	22.6	22.0
Art. 2	Stipendien für ausländische Studierende	VK 41.0	40.0	39.6	39.6	37.8	37.9	36.9
<b>2.7 Institutionen der Forschungsförderung</b>								
Art. 1	Forschungsförderung	ZR 4 428.5	4 318.8	4 274.7	4 274.7	4 083.5	4 085.1	3 983.4
Art. 2a	NFS	-	294.1	287.0	284.0	271.7	271.8	265.0
Art. 2b	NFP	-	103.6	101.1	100.0	95.7	95.8	93.4
Art. 2c	Bridge	-	36.3	35.3	35.0	33.1	33.1	32.3
Art. 2d	Personalisierte Medizin	-	31.1	30.3	30.0	28.7	28.7	28.0
Art. 3	Overhead	-	437.1	426.4	422.0	403.5	403.6	393.6
<b>2.8 KTI</b>								
Art. 1.1	Innovationsförderung	ZR 979.7	956.3	946.2	946.2	906.1	906.4	883.8
Art. 1.2a	Energieforschung	-	144.2	140.6	139.2	133.0	133.1	129.8
Art. 1.2b	Bridge	-	36.3	35.3	35.0	33.1	33.1	32.3
Art. 1.2c	Overhead	-	72.7	70.9	70.2	67.0	67.0	65.4
Art. 2	Innovationsförderung	VK 217.4	211.5	209.0	209.0	199.0	199.0	193.4
<b>2.9 Forschungseinrichtungen</b>								
Art. 1.1	Forschungseinrichtungen	ZR 395.6	386.1	382.0	382.0	365.6	365.7	356.6
Art. 1.2	Personalisierte Medizin	-	41.4	40.4	40.0	38.3	38.3	37.3
<b>2.10 Internationale Zusammenarbeit in Forschung und Innovation</b>								
<b>2.10.1 Beteiligung an multilateralen Forschungsinfrastrukturen</b>								
Art. 1	ILL	VK 14.9	14.5	14.4	14.4	13.9	13.9	13.6
Art. 2	CTA	VK 8.3	8.1	8.0	8.0	7.6	7.6	7.4
<b>2.10.2 Instrumente der Forschungs- und Innovationszusammenarbeit</b>								
Art. 3	Int. Forschungszusammenarbeit	VK 55.2	53.9	53.3	53.3	51.0	51.0	49.8
Art. 4	Int. Innovationszusammenarbeit	VK 62.7	61.2	60.6	60.6	58.0	58.0	56.5
<b>2.10.3 Raumfahrt</b>								
Art. 5.1	Raumfahrt	GK 645.9	631.2	625.0	625.0	599.7	599.8	585.9
Art. 5.2a	ESA Programmteilnahme	VK 604.5	590.8	585.0	585.0	561.3	561.4	548.4
Art. 5.2b	nationale Massnahmen	VK 41.3	40.4	40.0	40.0	38.4	38.4	37.5
<b>Zahlungsrahmen/Verpflichtungskredite</b>								
		26 916	26 264	26 152	25 992	25 003	24 874	24 259
	Veränderung gegenüber Antrag BR	923	271	160	0	-989	-1 118	-1 733
	<b>Voranschlagskredite 2017-2020</b>	<b>26 659</b>	<b>26 009</b>	<b>25 899</b>	<b>25 739</b>	<b>24 754</b>	<b>24 625</b>	<b>24 012</b>
	Veränderung gegenüber Antrag BR	220	270	160	0	-985	-1 114	-1 727
	<b>Durchschnittliche Wachstumsrate</b>	<b>3,2%</b>	<b>2,2%</b>	<b>2,2%</b>	<b>2,0%</b>	<b>0,2%</b>	<b>0,0%</b>	<b>-0,6%</b>

Quellen: Sonntagszeitung, 10. April 2016; Bundesverwaltung





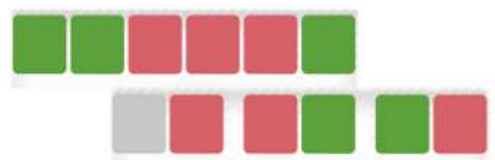
# Bei der BFI-Botschaft verlor die SVP viele Abstimmungen für weniger Mehrausgaben mit deutlichen Mehrheiten

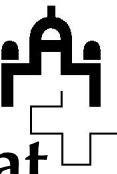


Nationalrat

[klicken für detaillierte Ergebnisse](#)

Ja  
**70 %**





# Aufgrund der Missstände im Asylwesen beantragte der Bundesrat zusätzlich hunderte von Millionen Franken

## Worum es geht

- Im letzten Dezember budgetierte das Parlament ein Defizit von 496 Millionen Franken (351 Millionen Franken mit den ausserordentlichen Einnahmen), bei Einnahmen von 66,733 Milliarden Franken und Ausgaben von 67,229 Milliarden Franken für 2016
- Bereits im März 2016 beantragte der Bund einen Nachtragskredit von 353,4 Millionen Franken für zusätzliche Mittel im Asylbereich. Es wird argumentiert, dass höhere Gesuchseingänge und eine hohe Schutzquote diese unvorhergesehenen Mehrkosten verursachen.

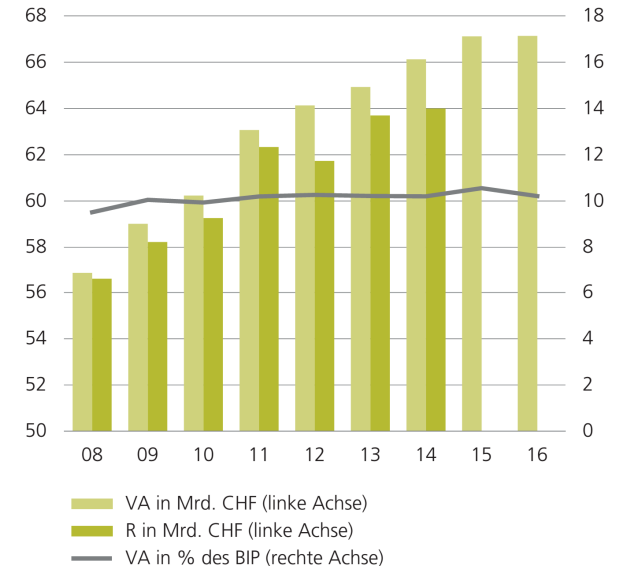
## Position der SVP

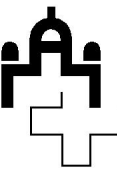
- Die SVP lehnt den Nachtragskredit I zum Voranschlag 2016 ab. Ein Grossteil der beantragten Gelder wird für die Sozialhilfe von Asylbewerbern benötigt (die Sozialhilfequote für anerkannte und vorläufig aufgenommene Flüchtlinge lag 2014 bei 81,2 Prozent). Die SVP kritisiert Bundesrätin Sommaruga, weil ein junger anerkannter Flüchtling, zum Beispiel aus Eritrea, heute mehr Geld im Monat fürs Nichtstun bekommt, als ein AHV-Rentner, der sein Leben lang seine Beiträge bezahlt hat.

## Ergebnis in den Räten

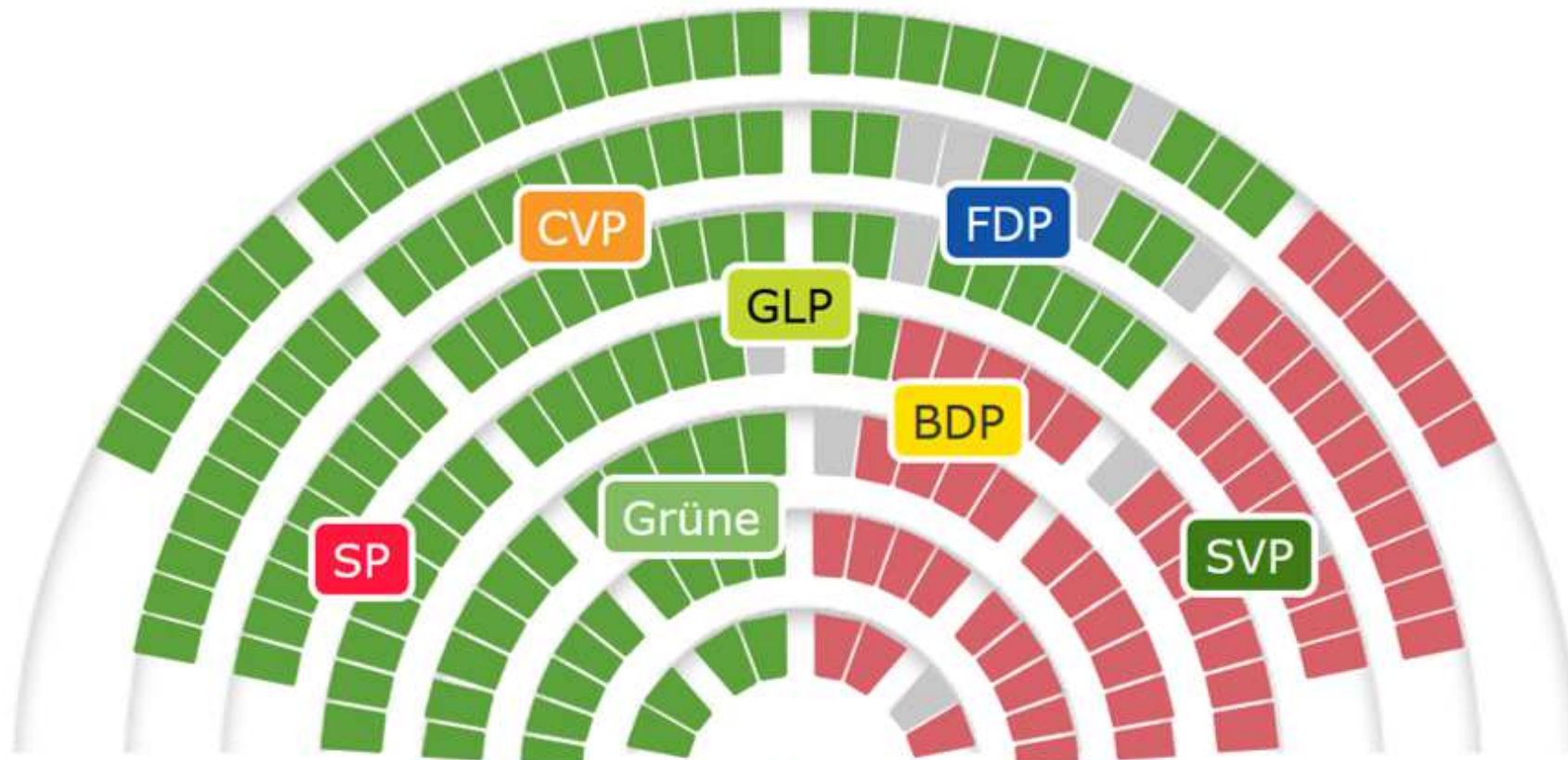
- Das Parlament hat die Nachtragskredite zum laufenden Budget deutlich genehmigt. Vor allem die zusätzlichen Kosten für das Asylwesen gaben aber im Rat zu reden. Von den 22 Nachtragskrediten in Höhe von insgesamt 397 Millionen Franken, entfallen rund 90 Prozent auf den Asylbereich. Grund ist die hohe Zahl von Asylgesuchen. Die SVP-Fraktion lehnte die Nachtragskredite entschieden ab.

Entwicklung der ordentlichen Ausgaben





# Die SVP kritisierte die Ausgabenexplosion im Asylwesen auf Kosten der Steuerzahler und lehnte den Nachtragskredit I ab

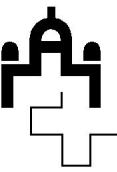


Nationalrat

[klicken für detaillierte Ergebnisse](#)

Ja  
**66%**





# Die Differenzbereinigung schreitet voran – ob es zu einem Referendum kommt ist weiterhin unsicher

## Worum es geht

- Bundesrat und Parlament haben im Jahr 2011 im Nachgang zur Reaktorkatastrophe von Fukushima gegen den Willen der SVP einen Grundsatzentscheid für einen schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie gefällt. Demnach sollen die bestehenden fünf Kernkraftwerke am Ende ihrer sicherheitstechnischen Betriebsdauer stillgelegt und nicht durch neue Kernkraftwerke ersetzt werden.
- Den Ausstieg aus der Kernenergie will der Bundesrat erreichen, indem er einen Subventionstopf in Milliardenhöhe für die Förderung erneuerbarer Energien schafft (über die Erhöhung des Strompreises), Heizöl oder Erdgas künstlich verteuert (Erhöhung der CO<sub>2</sub>-Abgabe) und die Effizienzvorgaben für Gebäude und Geräte massiv verschärft.

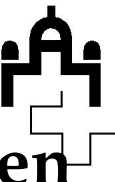
## Position der SVP

- Die SVP will nicht auf die Vorlage eintreten. Sollte dieser Antrag scheitern, wird sie die Vorlage in der Schlussabstimmung ablehnen.

## Ergebnis in den Räten

- Die Differenzbereinigung zur Energiestrategie kommt voran. Der Ständerat hat diverse Punkte ausgeräumt. So sollen Grosswasserkraftwerke Subventionen (maximal 1 Rappen pro Kilowattstunde) erhalten, wenn sie den Strom zu tiefen Preisen verkaufen müssen. Ebenfalls ausgeräumt wurden die Differenzen bei der Abwägung von Schutz- und Nutzungsinteressen von erneuerbaren Energien sowie der Entkoppelung der Energiestrategie mit der Atomausstiegsinitiative der Grünen bei welchen der Nationalrat sich mit seinen Vorschlägen durchsetzte.
- Umstritten sind noch die Ziele für die Produktion von Strom aus erneuerbaren Energien sowie Steuerabzüge für Gebäudesanierungen. Die gesamte Vorlage wird in der Herbstsession 2016 abgeschlossen.





# Personen sollen unabhängig vom Zivilstand und von der sexuellen Orientierung die Kinder ihres Partners adoptieren dürfen

## Worum es geht

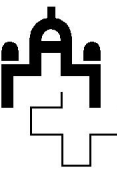
- Mit der Änderungen des Adoptionsrechts will der Bundesrat die Stiefkindadoption erlauben. Während eine solche bislang nur einem Ehepaar möglich ist, soll die Stiefkindadoption neu auch Paaren in eingetragenen Partnerschaften und Paaren in faktischen, verschieden- wie gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften offenstehen. Auf diese Weise sollen Ungleichbehandlungen beseitigt und bestehende faktische Beziehungen zwischen dem Kind und dem Stiefelternteil rechtlich anerkannt werden.
- Um die Position des Kindes bei der Adoption zusätzlich zu stärken, schlägt der Bundesrat ausserdem vor, ausdrücklich die Pflicht ins Gesetz aufzunehmen, das Kind vor der Adoption anzuhören. Dies unabhängig davon, ob es urteilsfähig ist oder nicht.

## Position der SVP

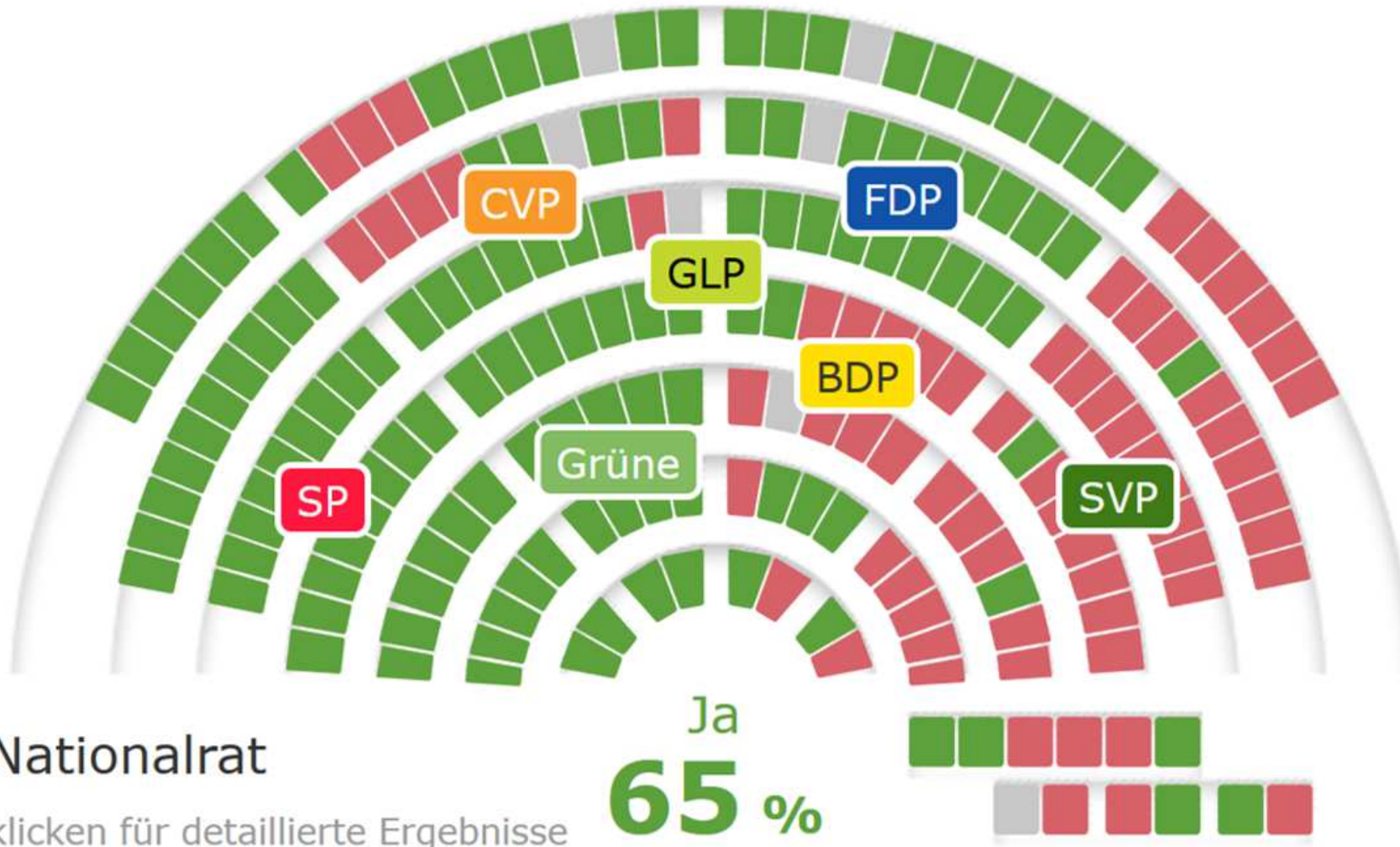
- Aus Sicht der SVP ist die Vorlage abzulehnen, da die Hauptstossrichtung der Vorlage die Öffnung der Stiefkindadoption für gleichgeschlechtliche Paare bezweckt, die in einer eingetragenen Partnerschaft leben. Würde der Gesetzgeber diese Paare zur Adoption zulassen, so würden die bisherigen Grundprinzipien des Kindesrechts durchbrochen mit der Folge, dass ein Kind entgegen dem natürlichen Kindesverhältnis rechtlich zwei Mütter oder zwei Väter hat.

## Ergebnis in den Räten

- National- und Ständerat haben sich bei der Änderung des Adoptionsrechts, welches Personen – unabhängig vom Zivilstand und von der sexuellen Orientierung – erlauben soll, Kinder ihres Partners zu adoptieren, geeinigt. Das Geschäft ist damit bereit für die Schlussabstimmungen. Das letzte Wort könnte allerdings das Stimmvolk haben. Ein Komitee mit Vertretern aus SVP, CVP und EDU hat angekündigt, das Referendum zu ergreifen.



# Einzig die SVP und Teile der CVP wehrten sich gegen die Öffnung der Stiefkindadoption für gleichgeschlechtliche Paare





## Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (1/6)

**Keine  
Einschränkung  
von AHV, IV und  
EL für Ausländer**

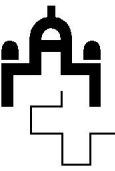
**Weiterhin  
Bleiberecht für  
Asylanten**

**Weiterhin Not-  
hilfe für Illegale**

**Erleichterte  
Einbürgerung für  
Ausländer der  
dritten  
Generation**

**Kredit für die  
internationalen  
Organisationen**

- Der Zugang für Ausländer zur AHV, zur IV und zu Ergänzungsleistungen soll nicht erschwert werden. Der Nationalrat hat drei parlamentarische Initiativen der SVP-Fraktion, welche zusätzliche Hürden für ausländische Staatsangehörige zu Sozialversicherungsleistungen in der Schweiz verlangten, klar verworfen. Nur die SVP und einzelne Vertreter der FDP waren dafür. Damit sind die Geschäfte vom Tisch.
- Ein Vorstoss von Nationalrat Luzi Stamm (SVP), welcher verlangte, dass Asylsuchende und anerkannte Flüchtlinge keinen Anspruch mehr auf ein Aufenthalts- oder Bleiberecht in der Schweiz erhalten sollten, fand keine Unterstützung.
- Ein Vorstoss der SVP-Fraktion, welcher eine Streichung der Nothilfe an Personen forderte, die sich illegal in der Schweiz aufhalten, wurde abgelehnt.
- Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat Gesetzes- und Verfassungsänderungen angenommen, welche Ausländern der dritten Generation eine erleichterte Einbürgerung ermöglichen sollen. Ein Automatismus ist weiterhin nicht vorgesehen: Auch Personen der dritten Ausländergeneration sollen das Schweizer Bürgerrecht nur auf Antrag erhalten und die Integrationskriterien erfüllen müssen. Die Vorlage geht nun zurück an den Nationalrat. Das letzte Wort wird jedoch das Stimmvolk haben.
- Zugestimmt hat die grosse Kammer Verpflichtungskrediten im Umfang von 438,4 Mio. CHF an die Immobilienstiftung für die internationalen Organisationen (FIPOI). Damit unterstützt die Schweiz u.a. die Renovierung des Palais des Nations in Genf.



## Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (2/6)

### Beseitigung der Heiratsstrafe

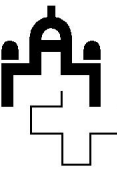
### Automatischer Informationsaustausch mit der EU und Australien

### Rüstungsprogramm 2016

### Kosten der SRG-Sendungen

### Vetorecht bei Verordnungen

- Angenommen hat der Ständerat eine Motion die eine Beseitigung der Heiratsstrafe fordert. Im Gegensatz zum Nationalrat, welcher auf die Individualbesteuerung setzt, bevorzugt der Ständerat jedoch weiterhin die gemeinsame Besteuerung der Ehepaare.
- Zugestimmt wurde den beiden Abkommen zum automatischen Informationsaustausch (AIA) mit der EU und Australien. Während das Abkommen mit Australien fast unumstritten war, wehrte sich die SVP als einzige Partei gegen das Abkommen mit der EU und forderte, dass mit Ländern, die noch keine faire Regularisierung eingeführt haben, keine Daten ausgetauscht werden dürfen. Der Rückweisungsantrag scheiterte jedoch mit 119 zu 66 Stimmen.
- Der Ständerat hat dem Rüstungsprogramm 2016 zugestimmt. Die Armee plant, Waffen, Fahrzeuge und Material im Wert von 1,34 Mrd. CHF zu kaufen. Einstimmig genehmigt hat die kleine Kammer zudem das VBS-Immobilienprogramm für das Jahr 2016, welches 572 Mio. CHF umfasst.
- Die SRG wird verpflichtet, die Kosten ihrer Sendungen auszuweisen. Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat eine Motion mit dem Anliegen angenommen. Damit muss die SRG künftig die Verwendung der Gebührengelder im Geschäftsbericht auszuweisen – mit einer umfassenden Kostenrechnung nach Sendungen, Sparten und Sendern.
- Angenommen wurde eine parlamentarische Initiative von NR Aeschi (SVP), welche ein Vetorecht bei Verordnungen forderte. Das Vetorecht stand schon mehrmals zur Debatte. Frühere Versuche, ein solches einzuführen, waren jeweils am Widerstand des Ständerats gescheitert.



## Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (3/6)

Neue Agentur  
Innosuisse

Gesundheits-  
berufegesetz

Grundbuch-  
Zugriff

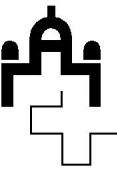
Grenzwerte für  
Mobilfunk-  
antennen

Straftatbestand  
„Sexting“

Parlamentarische  
Steuerprivilegien

- Gutgeheissen wurde die Umwandlung der Kommission für Technologie und Innovation (KTI) in die öffentlich-rechtliche Agentur Innosuisse. Im Vergleich zur nationalrätlichen Vorlage brachte der Ständerat aber noch einige Änderungen ein. Mit der neuen Institution erhofft sich der Bundesrat mehr Transparenz, eine bessere Führung und mehr Flexibilität.
- Die Ausbildung für Berufe der medizinischen Grundversorgung wird schweizweit einheitlich geregelt. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat das Gesundheitsberufegesetz gutgeheissen. Ein Antrag der SVP, kein nationales Berufsregister zu erstellen, scheiterte klar.
- Der Nationalrat hat die Vorlage zum elektronischen Zugriff auf das Grundbuch an den Bundesrat zur Überarbeitung zurückgewiesen. Er verlangt, dass für das Grundbuch ein eigener Personenidentifikator geschaffen wird. Der Bundesrat hatte vorgeschlagen, dafür die AHV-Nummer zu verwenden.
- Angenommen hat der Nationalrat hingegen eine Motion, welche höhere Grenzwerte für Mobilfunkantennen fordert. Ziel ist es, dass das Mobilfunknetz modernisiert und ausgebaut werden kann, ohne dass überall neue Antennen aufgestellt werden müssen.
- Eine Motion, welche im Strafgesetzbuch den Straftatbestand Sexting aufnehmen will, fand im Nationalrat Zustimmung.
- Der Nationalrat stimmte oppositionslos der Abschaffung der Steuerprivilegien für Parlamentarier zu. Künftig sollen diese die jährliche pauschale Entschädigung für Personal- und Sachausgaben in Höhe von 33'000 Franken versteuern müssen.





## Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (4/6)

### Rückzug des EU-Beitrittsgesuch

- Angenommen hat der Ständerat eine Motion von NR Lukas Reimann (SVP), welche vom Bundesrat verlangt, das EU-Beitrittsgesuch der Schweiz von 1992, nach 24 Jahren endlich zurückziehen.

### Richterwahlen

- Die Vereinigte Bundesversammlung hat zwei neue ordentliche und zwei nebenamtliche Richter für das Bundesstrafgericht gewählt. Die Kandidaturen waren von allen Fraktionen unterstützt worden. Stefan Heimgartner (CVP) und Martin Stupf (CVP), wurden mit 190 Stimmen bzw. 197 Stimmen gewählt. Andrea Blum (SVP) und Bertrand Perrin (FDP) wurden als neue nebenamtliche Richter des Bundesstrafgerichts gewählt.
- Zudem wurden Jean-Luc Baechler als Präsident und Marianne Ryter als Vizepräsidentin des Bundesverwaltungsgerichts für die Jahre 2017-2018 wiedergewählt.

### Untersuchung für Führerausweis

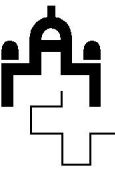
- Der Ständerat hat einer Pa.Iv. von M. Reimann (SVP) zugestimmt, welche die Altersgrenze für die Kontrolluntersuchung für Senioren-Autofahrer von 70 auf 75 Jahre heraufsetzen will.

### Lockerung bei Hundekursen

- Zugestimmt wurde auch einer Motion, welche das Obligatorium für Hundekurse wieder aufheben will.

### Kinder- und Jugendförderung

- Gestoppt hat der Nationalrat die jahrelangen Arbeiten an einer neuen Verfassungsgrundlage, welche dem Bund zusätzlichen Kompetenzen in der Kinder- und Jugendförderung geben wollte.



## Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (5/6)

**Bundesgesetz  
über  
Tabakprodukte**

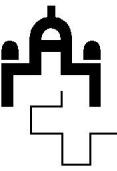
**Nein zu Quali-  
tätsprogrammen**

**Kein neues  
Littering-Gesetz**

**Keine längeren  
Ladenöffnungs-  
zeiten**

**Keine  
Formularpflicht  
im Mietrecht**

- Der Ständerat hat das Bundesgesetz über Tabakprodukte an den Bundesrat zur Überarbeitung zurückgewiesen. Anstelle des vom Bundesrat vorgeschlagenen Werbeverbots setzt er auch in Zukunft auf liberale Grundsätze und die freie Marktwirtschaft.
- Der Ständerat sprach er sich gegen Änderungen im Krankenversicherungsgesetz (KVG) aus, welches die nationalen Qualitätsprogramme ausbauen wollte.
- Der Nationalrat hat sich gegen eine Gesetzesänderung ausgesprochen, die in der ganzen Schweiz Bussen für Littering vorsah. Die Mehrheit des Rates darunter SVP und FDP stellte klar, dass die Umsetzung in der Praxis erhebliche Schwierigkeiten bereiten würde und die Polizei durch solche Kontrollen übermässig belasten würde, was im Endeffekt zu einer Schwächung der anderen polizeilichen Aufgaben führte.
- Der Ständerat hat sich zum zweiten Mal gegen ein Gesetz ausgesprochen, das in vielen Kantonen zu längeren Ladenöffnungszeiten geführt hätte. Die Vorlage ist damit vom Tisch. Die kleine Kammer versenkte sie mit 26 zu 16 Stimmen. Der Nationalrat hatte sich deutlich dafür ausgesprochen.
- Der Nationalrat hat es abgelehnt, Vermietern eine Formularpflicht aufzuerlegen. Er beschloss mit 106 zu 83 Stimmen Nichteintreten auf eine Revision des Mietrechts. Damit werden Vermieter auch in Zukunft nicht gezwungen, den Mietzins des Vormieters dem neuen Mieter mitzuteilen.



## Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (6/6)

**Verdacht auf  
Gefährdung des  
Kindeswohls**

**Vaterschafts-  
urlaub**

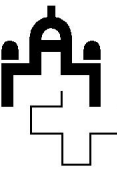
**Indirekter  
Gegenvorschlag  
zur Wiedergut-  
machungs-  
initiative**

**Verkauf von  
Bauland**

- Keine Ausweitung der Meldepflicht bei Verdacht auf Gefährdung des Kindeswohls. Der Nationalrat hat es mit 96 zu 88 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt, unter anderem Angestellte von Kinderkrippen zu einer Meldung an die Kinderschutzbehörden zu verpflichten. Durchgesetzt haben sich damit die SVP und FDP. Die Vorlage geht nun an den Ständerat.
- Abgelehnt hat der Nationalrat die parlamentarische Initiative zur Einführung eines zweiwöchigen bezahlten Vaterschaftsurlaubs mit Kosten von jährlich 200 Mio. Franken.
- Ehemalige Verdingkinder und andere Opfer fürsorglicher Zwangsmassnahmen sollen 20'000 bis 25'000 Franken erhalten. Der Nationalrat nahm mit 143 zu 26 Stimmen bei 13 Enthaltungen den indirekten Gegenvorschlag zur Wiedergutmachungsinitiative an. Die Volksinitiative lehnte er stillschweigend ab. Nun muss noch der Ständerat entscheiden. Die Initianten haben in Aussicht gestellt, das Volksbegehren zurückzuziehen, sollte der Gegenvorschlag von beiden Räten angenommen werden. Die Wiedergutmachungsinitiative verlangt Zahlungen im Umfang von 500 Millionen Franken. Mit dem Gegenvorschlag stünden 300 Millionen Franken zur Verfügung.
- Bauern sollen auf den Gewinn aus dem Verkauf von Bauland keine Bundessteuer zahlen müssen. Der Nationalrat korrigiert damit ein Bundesgerichtsurteil von 2011, welche das Steuerprivileg auf Grundstücke, die dem Bundesgesetz über das bäuerliche Bodenrecht unterstellt sind, beschränkte. Die Anpassung könnten beim Bund und bei den Sozialwerken zu geschätzten Ausfällen von 400 Millionen Franken pro Jahr führen.



- 
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
  2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
  - 3. Besuch im Bundeshaus**
  4. Aktualitäten



# Ein Besuch im Bundeshaus ist während den Sessionen jederzeit möglich – ich würde mich sehr darüber freuen!

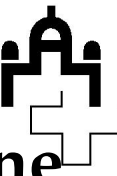
Die nächsten Sessionen finden an folgenden Daten statt:

- **Herbstsession: 12. – 30. September 2016**
- **Wintersession: 28. November – 16. Dezember 2016**

Ein Besuch im Bundeshaus ist wie folgt möglich:

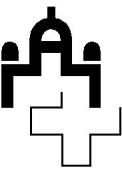
- **Als Gruppe bis max. 50 Personen:**
  - Anmeldung an [besucherdienst@parl.admin.ch](mailto:besucherdienst@parl.admin.ch) / 031 322 85 22
- **Als Einzelperson oder Gruppe bis max. 4 Personen:**
  - E-Mail an mich
  - Individueller Besuch im Bundeshaus inkl. Besuch der Wandelhalle

- 
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
  2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
  3. Besuch im Bundeshaus
  - 4. Aktualitäten**



# Stimmen Sie am 25. September «NEIN» zu den Initiativen « Grüne Wirtschaft» und «AHVplus: für eine starke AHV»

- Volksinitiative vom 6. September 2012 «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)» **NEIN**
- Volksinitiative vom 17. Dezember 2013 «AHVplus: für eine starke AHV» **NEIN**
- Bundesgesetz vom 25. September 2015 über den Nachrichtendienst (Nachrichtendienstgesetz, NDG) **JA**



**Haben Sie Fragen?**